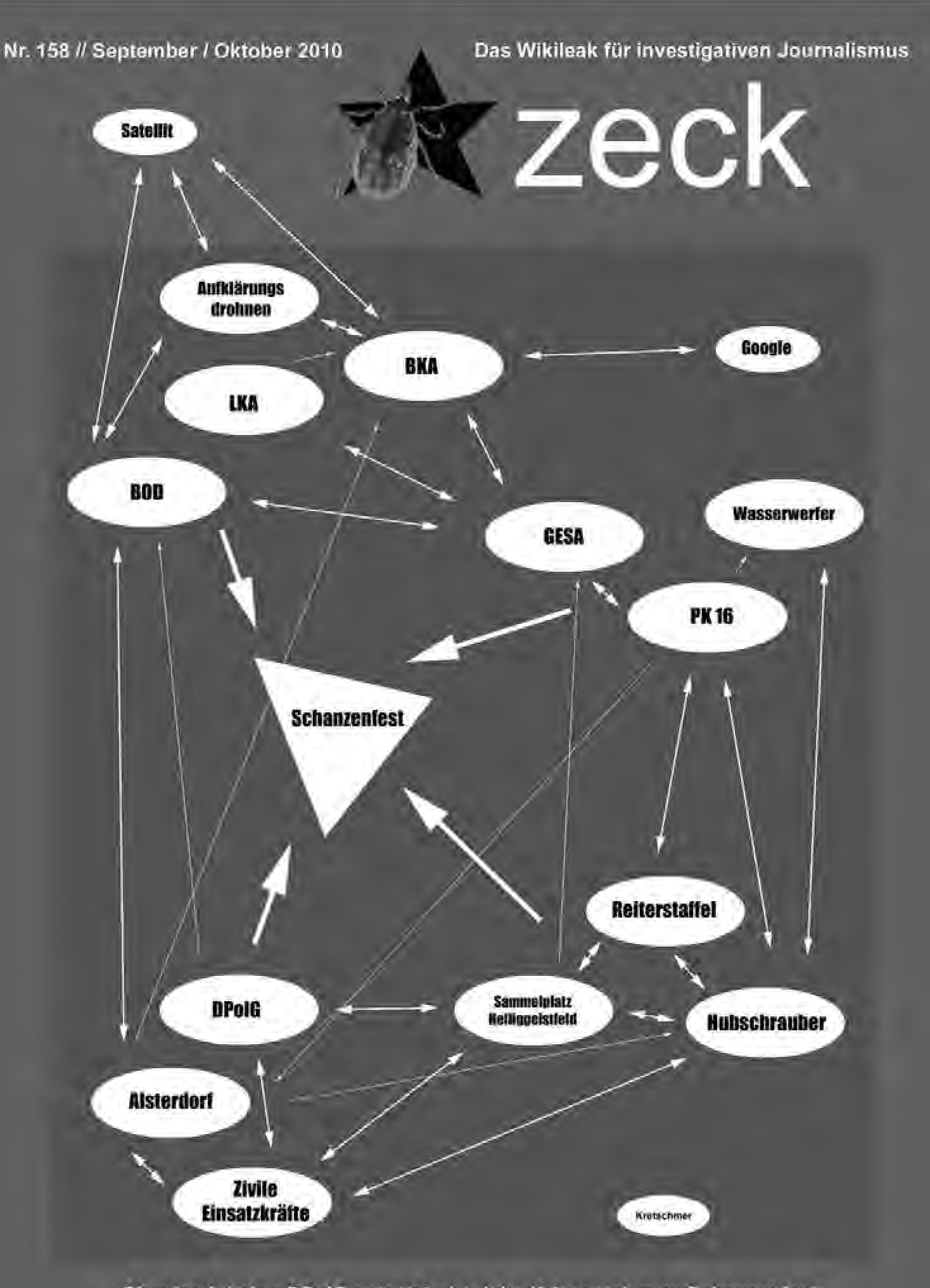


Chaoten jubeln - DPolG entsetzt - Leck im Krisenstab zum Schanzenfest:

Die geheimen Einsatzpläne der Innenbehörde

Exclusiv in diesem Heft

Vorwort

Moin.

erstmal vielen Dank für die Zusendung der Nervennahrung in Form von Gummibärchen und der beigefügten Spende.
Apropos Spende: wir sind so langsam wieder finanziell "running on empty". Unsere Reserven sind aufgebraucht und es wäre super wenn ihr Euch demnächst wieder mitverantwortlich dafür fühlt dass die Produktionskosten gedeckt werden können -
sonst sieht's schlecht aus.
Also macht Partys, sammelt Geld oder überlegt Euch selbst Unterstützungsmöglichkeiten. Wir freuen uns über jeden Support!

Einsendungen haben uns für diese Ausgabe nur wenig erreicht. Sommerloch oder kleine Atempause? Na, die sollte ja jetzt vorbei sein und mit dem Schanzenviertelfest am 4.9. treten wir dem heißen Herbst entgegen. Nachdem langen Hickhack ob Verbot des Festes oder Einsatz aller bezirklichen Ordnungsdienste, scheint sich nun eine Duldung des Festes ohne Anmeldung abzuzeichnen. Zum Fest haben wir einen Einkaufsführer zugesendet bekommen, den wir euch nicht vorenthalten möchten. Wir haben ihn extra in der Mitte platziert, damit ihr ihn zum bummeln mitnehmen könnt - erwischen lassen solltet ihr euch mit diesem aber besser nicht.

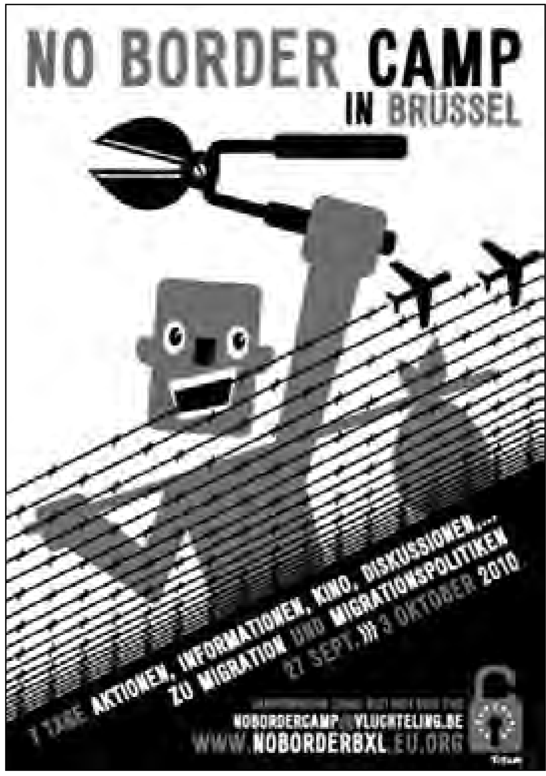
Ansonsten widmen wir uns dieses mal schwerpunktmäßig dem Themenfeld Antimilitarismus und insbesondere dem Sommerbiwak in Hannover und der Absage des Celler Trialogs in Kiel.

Den Text "Über die Mächtigkeit von Banken … in der Wirklichkeit und im Antisemitismus" legen wir Euch als Diskussionsgrundlage ans Herz. Wir glauben dass sinnvoll ist, sich mit dieser Thematik ein wenig mehr zu beschäftigen, statt in klassischen Stereotypen sich der Auseinandersetzung zu entledigen.

Und jetzt Euch noch ganz viel Spaß in den nächsten zwei Monaten. Hoffen wir, dass sich unser Blättchen dann ob der vielen Ereignisse ganz von alleine füllt.
Redaktionsschluss ist am 20.10.

Bis dann,
Eure Redaktion

Inhalt





Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!).

Eigendruck im Se bstver ag.

Nächste Autonome Vollversammlung am 15.09. um 19 Uhr
Rote Flora.
Themen u.a.:
Nachbereitung Schanzenfest
Fortführung der Millitanz-Debatte

##############################

Veranstaltungsreihe zur IMK

20.09.10., Kölibri 19.30 Uhr
Ältermachen + einsperren +n zurükschieben = Kindeswohl schützen?
Podiumsdiskussion zum Umgang mit miderjährigen unbegeliteten Flüchtlingen in Hamburg
Veranstalter: Flüchtlingsrat, Café Exil, Infobus, JOG und GEW-Bleiberechtsausschuss

Mi 22.09.10, Centro Sociale 19 Uhr
Raum * Macht * Repression
Veranstalter: Aktivist_innen aus dem Recht auf Stadt Netzwerk

Mo, 18.10.10, LIZ 20 Uhr
Anna und Arthur auf Demo und zuhause
Antirepressionsveranstaltung im Hinblick auf die Demos und Aktionen während der IMK im November 2010.
Veranstalter: Ermittlungsausschuss

Mi 27.10.10, Lichtmess-Kino 19 Uhr
Filmabend EU Grenzregime, Frontex, Dublin II, Verbindung zu IMK
Veranstalter: FLASH

Oktober, voraussichtlich Curio-Haus oder W3
Bleiberecht für Roma! Annullierung des Kosovo-Rücknahmeabkommens!
Veranstalter: Flüchtlingsrat Hamburg, GEW-Bleiberechtsausschuss, GEW-FG Sonderschulen, Rom und Cinti Union HH (wird angefragt)

Voraussichtlich letzte Oktoberwoche Veranstaltung zu Atomtransporten, speziell auch zu dem anstehenden CASTOR-Transport nach Gorleben
Veranstalter: Systemoppositionelle Atom-Kraft-Nein-Danke (SAND), Hamburg und Meßstelle für Arbeits- und UmweltSchutz (MAUS), Bremen

##############################

INTERSQUAT - Festival Berlin

Lasst uns zusammen vom 10. - 19. September 2010 auf dem Berliner INTERSQUAT-Festival einen selbstbestimmten Freiraum und eine Plattform für die Auseinandersetzung mit verschiedenen Vorstellungen schaffen, Begegnungen initiieren, uns vernetzen und gemeinsam Perspektiven entwickeln.
Inspiriert durch bereits stattgefundene INTERSQUAT-Festivals an verschiedensten Orten der Welt wollen wir mit euch zusammen dieses Jahr in Berlin unseren Utopien einen Raum geben.

Die Möglichkeiten ein selbstbestimmtes Leben zu führen, werden kontinuierlich eingeschränkt, viele vorhandene Freiraumstrukturen sind akut bedroht. Dadurch verschwinden Räume und auch damit verbundene Möglichkeiten, selbstbestimmt Alternativen zu bestehenden Verhältnissen erfahrbar zu machen und zu leben, sich zu organisieren, zu diskutieren und auszutauschen. Aus unserer Sicht ist eine umfassende Kritik an Kapitalismus, Herrschaft und damit einhergehenden Strukturen notwendig.
Wir wünschen uns eine Diskussion um Alternativen, sowie eine offene Auseinandersetzung und einen Austausch über Gegenpraktiken zur Diskriminierung von Lebewesen. Freiräume sind für uns Orte, an denen sich alle Lebewesen frei von Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Hautfarbe, Sexualität, Geld oder anderen von der Gesellschaft konstruierten Ungleichheiten bewegen können. Weil Formen der Unterdrückung in unserer Gesellschaft alltäglich vorkommen, ist es wichtig, Räume zu schaffen und zu erhalten, in denen diese nicht akzeptiert, sondern diskutiert und reflektiert werden. Sie sollten das Ausleben der eigenen Identität und die freie Entfaltung von Lebensentwürfen ermöglichen. Wir versuchen eine Loslösung davon zu praktizieren, Bewusstsein zu schaffen und zu sensibilisieren. Die sogenannte Gentrifizierung wird uns früher oder später alle einholen, wenn wir uns ihr nicht entgegenstellen.
Die "Aufwertung" von Städten zwingt nicht nur alternative Lebensräume weltweit dazu rentablen Objekten zu weichen: Wo neue Häuser gebaut werden und alte Gebäude im Glanz profitabler Totalsanierungen erstrahlen, kommt es unausweichlich zu einer Steigerung der Mietpreise. Dadurch erfolgt eine Verdrängung von Geringverdienenden und strukturell diskriminierten Gesellschaftsmitgliedern in Randgebiete.
Bewegungen, die sich diesen gesellschaftlichen Missständen entgegensetzen werden oftmals kriminalisiert. Durch repressive Maßnahmen wird ihr Aktionspotential gedämpft. Um auf diese Maßnahmen besser reagieren zu können und die Freiraumbewegung stärker und handlungsfähiger zu machen, ist auf dem Festival ein Raum vorhanden, um uns untereinander besser zu vernetzen und uns verstärkt miteinander zu solidarisieren.
Innerhalb eines vielfältigen und kraftvollen kreativen Festival-Rahmens wird es viel Platz geben für selbstorganisierte Aktionen, Diskussionsrunden, Workshops, Informationsveranstaltungen, Ausstellungen, Musik und Kunst als Protest- oder Widerstandsform bzw. spontan entstehende Ideen.
Außerdem wird es auf dem Festival einen Umsonstflohmarkt geben, der die kapitalistische Logik von Wert und Gegenwert durchbrechen soll.

Anstöße für gemeinsame Diskussionen und das Suchen nach Lösungsansätzen könnten sein:
Wie äußert sich Gentrifizierung in den verschiedenen Städten?
Wie steht es um Squats weltweit?
Wie können wir uns untereinander besser vernetzen?
Wie können wir mit unseren Protest- und Aktionsformen auf größere Solidarität stoßen?

Da die Freiraumthematik sehr komplex ist und unter sich eine große Bandbreite anderer Themen, wie (um nur einige Beispiele zu nennen) Kapitalismuskritik, die Ablehnung von Herrschaft und Anti-Sexismus beinhaltet, steht es außer Frage, dass das Festival auch einen offenen Raum für diese bietet.
Sexismus, Rassismus, sowie alle anderen Formen von Diskriminierung und die Verklärung hierarchischer Strukturen werden auf dem Festival selbstverständlich weder toleriert noch akzeptiert!!!
Lasst uns unsere Vorstellungen und Utopien vom freien wilden Leben teilen!
Das Festival wächst durch eure Beteiligung. Ihr wollt eine Infoveranstaltung oder einen Workshop gestalten, eine Diskussionsrunde initiieren, eure Musik
oder Kunst zeigen, oder habt noch andere Ideen und Themenvorschläge für das Festival?

Meldet euch unter:
intersquat-berlin@riseup.net

Bringt eure Zelte, eure Ideen und
eure ungebremste kämpferische Leidenschaft mit!

Frei denken? Frei leben?
Frei(T)räume für alle!
intersquatberlin.blogsport.de

##############################

Antirepressionsdemo

Am 24.07.2010 fand die Anti-Repressionsdemo "Es hätte geschossen werden dürfen" in Hamburg statt, die den Abschluss einer Woche mit Veranstaltungen zum Thema Repression bildete.
Ausser den etwa 700-800 Teilnehmer_innen waren auch mindestens die selbe Zahl an Mitgliedern der Polizeigewerkschaft aus der ganzen Bundesrepublik angereist, die zeitgleich und parallel ihre eigene Demonstration in Solidarität mit den Autonomen, die ihre Arbeitsplätze sichern, durchführten. Diese hatten auch schick herausgeputztes Gerät mitgebracht (4 Wasserwerfer), die aber nicht zur Vorführung kamen. Allerdings wäre es wünschenswert, wenn die B. sich nächstes mal eine andere Route aussuchen würden.
Neben Redebeiträgen vor der Davidwache, der Lerchenwache und der Roten Flora, gab es Soldaritätsaktionen auf den Dächern der Hafenstrasse und der Flora in Erinnerung an den von der Polizei ermordeten Dennis.

(Quelle: indymedia, 24.07.2010)

###################################

Proteste bei Bahnjubiläum

Die Deutsche Bahn AG verbietet das Gedenken an die Opfer der "Reichsbahn" Deportationen im Rahmen der Jubiläumstour "175 Jahre deutsche Eisenbahn."
Die Deutsche Bahn AG feiert dieses Jahr in mehreren deutschen Bahnhöfen ein Jubiläum: "125 Jahre deutsche Eisenbahn". Unter dem Motto "Die Eisenbahn macht mobil - seit 175 Jahren" finden "bunte Bahnhofsfeste" in insgesamt 15 Großstädten statt. Die DB AG stellt sich damit in die Tradition der deutschen Eisenbahngeschichte.

Unterdessen warten die Überlebenden der deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager, die als Kinder in Waggons der "Reichsbahn" deportiert wurden, noch immer auf eine angemessene Restitution. Bis heute wurde kein Cent an die Überlebenden der "Reichsbahn" -Verbrechen ausgezahlt.
Am Sonntag, den 11.07.2010 machte die "Jubiläumstour" am Hamburger Hauptbahnhof Station.
Dieses Ereignis war für Hamburger Antifaschist_innen der geeignete Anlass, an die Opfer zu erinnern und die Forderungen der Überlebenden zu unterstützen.
Über drei Millionen Menschen aus ganz Europa wurden in Zügen der "Reichsbahn" verschleppt. Über das Hamburger Schienennetz wurden über 6000 Menschen nach Minsk, Theresienstadt oder Auschwitz deportiert. Die wenigsten kehrten aus den Vernichtungslagern der deutschen Faschisten zurück.
Die "Reichsbahn" verdiente gut an ihrer Beihilfe zum Massenmord, umgerechnet über 445 Millionen Euro nahm sie ein. Die Deportierten mussten ihre Verschleppung meistens selbst finanzieren.

Bis heute ist weder die DB AG noch ihre Eigentümerin, die Bundesrepublik Deutschland, bereit, den oft bedürftigen Überlebenden zu helfen und ihre Schuld diesen Menschen gegenüber zu begleichen. Auch eine angemessene Ehrung der Millionen Menschen, die nicht aus den deutschen Todeslagern zurückkehrten, in welche die "Reichsbahn" sie verschleppte, blieb bis heute aus.

Seit längerem fordern Überlebende der "Reichsbahn" - Deportationen, vertreten durch 21 Opferorganisationen aus Weißrussland, Polen, der Ukraine und Russland, die Begleichung der Schulden. Der Betrag hat in angemessenem Verhältnis zu den Einnahmen aus den Verschleppungen zu stehen. Die legitimen Forderungen wie bisher weiter zu verschleppen und zu ignorieren bedeutet, auf den Tod der letzten Überlebenden zu warten. Dies ist nicht hinnehmbar. Es ist höchste Zeit, dass sich die Nachfahren der damaligen Täter oder Mitläufer an die Seite der Überlebenden stellen und ihr Anliegen unterstützen.

Inzwischen stimmt die DB AG zwar Gesprächen mit Vertreter_innen einzelner Opferorganisationen zu.
Die Hoffnung, dass diese Gespräche nicht nur auf eine "kostensparende Kompensation der historischen Schulden" hinauslaufen, wie der "Zug der Erinnerung e.V." warnt, ist zurzeit bestenfalls bescheiden.

Vor diesem Hintergrund besuchten am Sonntag Hamburger Antifaschist_innen das "Bahnjubiläum", um die Forderungen der Überlebenden zu unterstützen und der Opfer zu gedenken, indem sie Flugblätter verteilten, auf denen auch die gemeinsame Erklärung der Opferorganisationen nachzulesen war.

Die bereits nach wenigen Minuten herbeigeeilte Bahnhofsmanagerin verbot den Antifaschist_innen die Information der Festbesucher_innen und machte von ihrem Hausrecht gebrauch. Sie befürworte das Gedenken, das Bahnjubiläum sei dafür aber nicht der richtige Rahmen. Heute wolle sie feiern.
Das nun entrollte Transparent rief umgehend mehrere Mitarbeiter der "DB - Sicherheit" auf den Plan, die daran herumzerrten und die Aktivist_innen aufforderten, "mit diesem Scheiß" (Zitat) zu verschwinden
Um dennoch möglichst viele Passant_innen erreichen zu können, postierten sich die Antifaschist_innen unmittelbar hinter dem von der DB AG für das Fest reservierte Gelände, zeigten das Transparent und verteilten die Flugblätter.
Dies versuchte die DB AG in Gestalt ihrer Security - Marionetten ebenfalls zu verhindern bzw. zu sabotieren, indem sich mehrere von ihnen direkt vor das Transparent stellten und so den Passant_innen die Sicht darauf zu versperren.
Zusätzlich wurde offensichtlich die Polizei durch die DB informiert, die den Demonstrant_innen dann einen Platz etwas weiter abseits zuwies.
Einer Person wurde eine Anzeige wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz angekündigt.
Insgesamt konnten innerhalb von drei Stunden 400 Flugblätter verteilt werden. Es kam zu einigen Solidaritätsbekundungen seitens der Passant_innen, immer wieder wurde auf das Verhalten der DB AG mit Empörung reagiert.
Weitere Proteste im Rahmen der "Jubiläumstour" und darüber hinaus sind angekündgt.

(Quelle: indymedia, 12.07.2010)

###################################

Farbe gegen Oberlandesgericht Hamburg 20. Juni 2010

Unbekannte Täter haben in der Nacht zum Sonntag das Oberlandesgericht in der Hamburger Innenstadt mit Farbe beworfen. Ein Helfer vom autofreien Sonntag hatte die drei orangefarbenen Farbkleckse am Haupteingang und am Mauerwerk entdeckt, teilte die Polizei mit. Die Farbe war in Marmeladengläsern gegen den Haupteingang und das Mauerwerk geworfen worden. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen aufgenommen. Ein politisch motivierter Hintergrund könne nicht ausgeschlossen werden.



Die Schanze feiert

Zum Scheitern der bezirklichen Politik im Hamburger Schanzenviertel

Immer mehr Initiativen haben in den letzten Wochen ihre Beteiligung am Schanzenviertelfest am 04. September angekündigt. Allein vom Netzwerk Recht auf Stadt haben in der Erklärung "Wir kommen alle!" 24 Initiativen ihre Teilnahme und Solidarität erklärt. Das Fest wird wie in den Jahren zuvor ohne eine förmliche Anmeldung stattfinden.

Tagsüber werden zahlreiche Gruppen Infostände aufbauen, es gibt einen Flohmarkt, Soundsysteme und Livemusik und ein Kinderfest auf dem BaSchu. Wie in den letzten Jahren werden sich beteiligte Initiativen um die Standsicherheit der Bühne und die Freihaltung von Rettungswegen kümmern. Die Straßen im Schanzenviertel werden für den Verkehr gesperrt, um dies zu gewährleisten. Alle Teilnehmer_innen werden aufgefordert, zur Umsetzung des Straßenfestes beizutragen.

Die Verbotsinitiative von Bezirksamtsleiter Warmke-Rose ist damit gescheitert. Sie hat in den letzten Wochen keine politische Perspektive geboten außer einer Eskalation der Situation. "Die Haltung des Bezirksamtes Altona ist das i-Tüpfelchen auf einer eindrucksvollen Bilanz des Scheiterns bezirklicher Stadtentwicklungspolitik", so Anwohnerinnen und Anwohner, die am Fest beteiligt sind.

Ein Blick auf zweieinhalb Jahre Zugehörigkeit des Viertels zum Bezirk Altona ergibt ein erschreckendes Bild. Die Konflikte um den Stadtteil haben massiv zugenommen. Die Schließung zahlreicher kleiner Läden durch die Steigerung der Mieten, eine politisch geförderte Monokultur kommerzieller Gastronomie und damit einhergehend die Ausbreitung der Außengastronomie haben zu einer Ballermannisierung des Stadtteils geführt. Begleitet wurde diese Entwicklung durch zunehmende Polizeipräsenz, gewaltsame Übergriffe und eine in der heimlichen Praxis illegale Kameraüberwachung. Anwohner_innenproteste bei Bezirksversammlungen, tumultartige Szenen bei runden Tischen und politische Sprachlosigkeit zu der selbst verursachten Verschlechterung der Lebensverhältnisse im Stadtteil zeichnen einen roten Faden des Misserfolges der bezirklichen Politik.

Jubelte vor der Übernahme des Stadtteils die Lokalpresse noch: "In der Schanze wird nicht mehr demonstriert, sondern gefeiert" (Mopo), wird heute vor einer politischen Stimmung im Stadtteil gewarnt, die zu einem Flächenbrand werden könne (Abendblatt). Von der Polizei wurde Anfang des Jahres gar eine Sonderkommission "Autonome im Schanzenviertel" ins Leben gerufen. Die Bewegung gegen die Stadtentwicklung hat indes ein viel breiteres Millieu in Aufruhr gebracht: Anwohner_innen, die nicht in einer Großraumdisko leben wollen oder kleine Läden, die sich die Mieten nicht mehr leisten können, zählen zum Spektrum, aus dem neue Protestbewegungen im Stadtteil entstanden sind.
Nicht zuletzt auch Jugendliche aus allen gesellschaftlichen Schichten, die ihren Unmut über ihr konzeptionelles Fehlen in der Stadtentwicklungspolitik auf die Tagesordnung setzen. Letzteres wird in der allgemeinen Diskussion dann als reines Gewaltphänomen abgetan. Ein Ansatz, der in seinem Versuch, die Augen vor gesellschaftlichen Veränderungen und Widersprüchen zu verschließen, der Diskussion um Halbstarke in den fünfziger Jahren folgt. Wo es Ausgrenzung, die Erfahrung von Gewalt und die empfundene Enge eines vorbestimmten Lebens gibt, wird es auch immer auch Ausbrüche aus diesen Zwängen geben. Wer Jugendliche versucht, mittels immer größerer Polizeiaufgebote zu disziplinieren, kann mit dieser Strategie nur gegen die Wand fahren.

Die Entwicklungen in der Nacht nach dem Schanzenfest belegen dies eindrucksvoll. Einsatzleiter, Innensenatoren und neuerdings Bezirksamtsleiter gerieren sich wie römische Feldherren im Feldzug gegen Barbarenhorden. Seit Jahren nehmen die Polizeiaufgebote zu. In der Folge haben auch nächtliche Auseinandersetzungen mit der Polizei zugenommen. Wie sich ein solches Vorgehen weiterentwickelt, ist offensichtlich. Bezeichnenderweise für die politische Stimmung zeigte sich nach einer Anti-Repressionsdemo im Juli, dass randalierende Polizeibeamte beim Einsatz im Schanzenviertel anscheinend tolerierbar sind, nach Feierabend in Luxushotels hingegen ein Skandal. Auch zu diesem Schanzenfest sollen vermutlich wieder zahlreiche Hundertschaften aufgeboten werden. Übergriffe der Polizei sind dabei ebenso wenig hinnehmbar wie kollektive Bestrafungen und schwere Verletzungen durch Wasserwerfereinsätze. Senat und Innenbehörde sind daher aufgefordert, ihre eskalative Strategie zu beenden, am Abend große Polizeiaufgebote mit schwerem Gerät um das Fest oder auf dem nahe liegenden Heiligengeistfeld aufzufahren.

Senat und Bezirk reagieren hier auf die Entwicklung von Protest gleichermaßen durch zunehmende Repression und den Versuch einer Isolierung von Bewegungen und gesellschaftlichen Gruppen. Existentielle Bedürfnisse werden dabei zunehmend als Partikularinteressen abgetan und als Symptom fehlenden Gemeinsinns deklariert. Politische Antworten werden weder gesucht, noch gefunden, noch zugelassen. Ursache und Wirkung werden auf den Kopf gestellt, politische Verantwortlichkeiten geleugnet und Kritik ausgeblendet. Statt zu sehen, dass durch eine über Leichen gehende Standortpolitik der Kommunen zahlreiche Probleme erst geschaffen werden, wird unbeirrt an der ökonomischen Verwertung der Stadt weitergearbeitet.

So am Beispiel des Grünstreifens in der Eifflerstraße: War aufgrund erster Verkaufsgerüchte der unter anderem betroffene Platz des Gartenkunstnetzes zum letzten Schanzenfest vor einem Jahr besetzt worden, verdichten sich im Vorfeld des diesjährigen Fests die Pläne zur Nutzung des Geländes. Eine "Kreativimmobile" "mit Gründerinnen-Etage" soll entstehen, deren "Zielgruppe die kreativen Dienstleister mit Wohnsitz im Quartier und damit direktem Bezug zur Schanze" sind. Allein die demonstrativ vor sich hergetragene Schanzigkeit erzeugt bereits einen starken Brechreiz. Die neue Zentrale zur Selbstausbeutung, die auf einer der letzten unkommerziellen Flächen im Viertel hingeklotzt wird, um Arbeitslosengeld für prekarisierte Dienstleister_innen zu sparen, ist bereits das 6. (sechste!) Projekt der Steg dieser Art allein im Bereich Schanze/Karo/St.Pauli. Als Krönung wird mit einer Geste von Vereinnahmung der Subkultur zu Werbezwecken und überheblicher Almosenzuteilung angekündigt: "Die auf dem Gelände ansässige Künstlerkolonie soll in das Konzept eingebunden werden."

Das Schanzenfest wendet sich gegen kommerzielle Großveranstaltungen und eine Marke Hamburg, die sich diesen Stadtteil als bunten Tupfer in die Imagebroschüren nageln will. Es setzt auf Selbstorganisierung von Anwohnerinnen und Anwohnern, statt auf stadtentwicklungspolitische Vorgaben, die in bezahlten Expertenrunden und den Hinterzimmern zwischen Senat und Bezirk ausgeheckt werden und nichts mit der Re-

alität der Menschen hier zu tun haben. Armut, Krankheit, Alter oder Hautfarbe werden zunehmend zu Kriterien des Ausschlusses. Die Diskussion um die "Unwirtlichkeit der Städte" konstruiert sog. Randgruppen zu einem Problemfall, vor dem eine "Mitte der Gesellschaft" geschützt werden müsse. Wir sehen Stadt nicht als einen Ort an, der vor seinen Bewohner_innen geschützt werden sollte, um eine funktionale Architektur für reibungslosen Konsum zu schaffen, sondern als einen Ort, der von deren Bewohner_innen selbst gestaltet werden sollte.

Die gesamte Absurdität des bezirklichen Handelns kommt im Bau eines Kletter-Drachens im Park hinter der Roten Flora zum Ausdruck. 20 000 Euro wurden für diese Skulptur ausgegeben, um Jugendliche zu vertreiben, die abends im Park sitzen. Wir haben nichts gegen Drachen! Die Rote Flora erweckte einen der feuerspeienden Art lange Zeit auf einer Fahne bei Demonstrationen zum Leben. Der "gefesselte Drache" im Park hingegen soll vor allem verhindern, dass Jugendliche in diesem Lagerfeuer entzünden. Während der Stadtteil bewusst zu einer Ausgeh- und zur Konsummeile ausgebaut wird, Lärmentwicklung, Verkehr und Stress auf den Straßen zunehmen, wird der einzige Bereich, in dem man sich noch hinsetzen kann, ohne zu bezahlen, zum Problem erklärt.

"Mit dieser kleinen "Kletteranlage" wird das Angebot für Kinder und Jugendliche erweitert und der Fehlnutzung entgegen gewirkt" wird in altona.info erklärt, denn "die Freifläche wird als ungenehmigte Partyfläche regelmäßig von den unterschiedlichsten Gruppen genutzt". Soziale Projekte und unkommerzielle Räume in der Schanze wurden in den letzten Jahren im großen Maßstab angegriffen, eingespart oder geschlossen. In dieser Gemengelage von Aufwertung, Gentrifizierung und fehlenden Perspektiven baut man einen Kletterdrachen für die Kleinen, um ältere Jugendliche zu vertreiben und hofft, die Probleme mit genervten Anwohner_innen seien damit irgendwie zum Positiven gelöst. Das Gegenteil ist der Fall. Der Konsum- und Gewerbebereich wird weiter ausgebaut, während die Möglichkeiten unkommerzieller Nutzungen weiter beschränkt werden.
Die Suche nach einem Anmelder zum Schanzenfest folgt der gleichen Logik. Doch der Drache ist noch lange nicht gezähmt. Weder wird sich das Schanzenfest vor den Karren dieser Entwicklung spannen lassen, noch werden Jugendliche den Park nicht mehr aufsuchen. Der Versuch, das Fest zu verbieten, ist ebenso hilflos wie der Drache im Park, der längst ein integrierter Bestandteil der Lagerfeuerkultur um ihn herum geworden ist.

Der politische Charakter des Festes soll in diesem Jahr wahrnehmbarer sein als in den letzten Jahren. Politische Gruppen, die sich gegen Rassismus, Sexismus, Homophobie, Antisemitismus, steigende Mieten, Castortransporte und Atomtechnologie, oder die kapitalistische Verschlechterung der Lebensverhältnisse engagieren, sind eingeladen, am Fest teilzunehmen.

Schwerpunkte des Festes am 4. September sind die Proteste gegen die Innenministerkonferenz im November, die Solidarität mit dem bedrohten Zentrum Rote Flora und die politischen Bewegungen und Auseinandersetzungen um Recht auf Stadt.

Initiativen und Anwohner_innen aus dem Schanzenviertel

Netzwerk Recht auf Stadt zum Schanzenfest 2010

Am 04. September findet das Straßenfest im Schanzenviertel unter dem Tenor "Fu?r die Aneignung des o?ffentlichen Raumes! Gegen Repression und Vertreibungspolitik!" statt. In einer Einladung von Anwohnerinnen und Anwohnern heißt es in Richtung Netzwerk Recht auf Stadt: "Wir laden deshalb alle Initiativen und Projekte ein, das Fest als Bühne der Selbstinszenierung zu nutzen." Dieser Einladung kommen wir gerne nach.
Zum einen wollen wir gemeinsam die Erfolge des vergangenen Jahres feiern: Das Ga?ngeviertel ist seit einem Jahr besetzt, das Centro Sociale für mindestens fünf Jahre gesichert, die Moorburgtrasse zunächst gestoppt, soziale Erhaltungsverordnungen sind auf dem Weg, No BNQ setzt sich erfolgreich gegen die Verdrängung der BewohnerInnen des Bernhard-Nocht-Quartiers zur Wehr...

Zum anderen wollen wir zum Ausdruck bringen, dass wir noch lange nicht am Ende unseres gemeinsamen Weges angelangt sind: Wir wollen ein anderes Hamburg.

Nach wie vor haben wir in Hamburg die Situation, dass in einer Stadt mit sehr großem privaten Reichtum ein Großteil der Menschen von einem guten Leben ausgeschlossen ist. Hohe Mieten, niedrige Löhne und bröckelnde soziale Sicherungssysteme erschweren das Leben. Aufgrund der hohen und stetig steigenden Mietpreise wird es immer schwieriger, überhaupt noch eine bezahlbare Wohnung zu finden. Und wenn, dann liegt diese am Stadtrand. Aus diesem Grund wächst der Unmut. In vielen Stadtteilen gründen sich Arbeitsgruppen des Netzwerks, die sich ausschließlich mit der Mietenfrage bescha?ftigen. Seit Mai tauchen AktivistInnen bei Wohnungsbesichtigungen auf und funktionieren diese in "Fette-Mieten-Partys" um, um die viel zu hohen Mietpreise zu skandalisieren. Das Schanzenviertel ist von steigenden Mieten besonders betroffen, während hier gleichzeitig Wohnungen leerstehen. Deshalb wollen wir auf dem Schanzenfest deutlich machen: Zum Recht auf Stadt gehört auch ein Recht auf Wohnraum.

Neben der Wohnungsfrage ist auch die Existenz nichtkommerzieller Räume von großer Bedeutung. Momentan ist die Rote Flora im Schanzenviertel wieder von der Ra?umung bedroht. Gleichzeitig will der Bezirk die Parkbuchten in der Susannenstraße der ansässigen Gastronomie zur Nutzung überlassen. Die Kommerzialisierung öffentlichen Raumes widerspricht unserer Vorstellung von einer Stadt für alle. Wir freuen uns, dass es mit der Roten Flora nach wie vor und hoffentlich noch sehr lange ein Projekt gibt, das sich nicht zähmen lässt: Wer die Rote Flora angreift, greift uns alle an.

Wir lassen uns nicht kriminalisieren.
Fast schon rituell wird auch dieses Jahr im Vorfeld des Festes eine Verbotsdebatte geführt. Dieses Mal gibt der Altonaer Bezirksamtsleiter den Hardliner. Es scheint für einige in der Verwaltung unerträglich zu sein, dass die Menschen, die in dieser Stadt leben, sich wenigstens an einem Tag im Jahr die Straße nehmen und einfach einen schönen Tag nach ihren eigenen Vorstellungen haben. Wir sind der Überzeugung, dass unsere Vorstellung einer solidarischen Stadt nur durch eine gemeinsame Praxis erreicht werden kann. Wer das unterbinden will, verweigert uns das Recht auf Stadt. Dieses Recht wird aber nicht gewährt oder verweigert, sondern von uns allen tagtäglich erstritten und verteidigt.

Wir sehen uns am 04. September
im Schanzenviertel.

Netzwerk Recht auf Stadt

Das Archiv der Sozialen Bewegungen/Foto-Archiv-Kollektiv informiert: In eigener Sache (Teil 2)

In der letzten Ausgabe der ZECK hatten wir bereits geschrieben, dass das Archiv der Sozialen Bewegungen in einer Strukturkrise steckt, aus der wir ohne größere Veränderungen und eure tatkräftige Unterstützung keinen Ausweg sehen.

Wir verstehen das Archiv als politische Institution, d. h. es ist keine zweckfreie Sammelstelle für Zeitschriften, Broschüren, Flugblätter, Fotos und Plakate, sondern das Material sollte dazu genutzt werden, durch Reader, Fotoausstellungen usw. Gegenöffentlichkeit zu schaffen und/oder das eigene politische Bewusstsein durch die hier dokumentierte Geschichte der Linken/Linksradikalen zu schärfen. Auch personell sehen wir uns in diesem politischen Kontext und versuchen, die Anbindung und den Austausch mit politischen Strukturen zu erhalten. Daher richten wir diesen Appell zuerst einmal an die Hamburger Linksradikale, um aus dieser Szene heraus neue Strukturen zu schaffen, die das Archiv der Sozialen Bewegungen tragen.

Seitdem wir das Problem "Krise im Archiv" öffentlich gemacht haben, sind wir von vielen Leuten angesprochen worden: wir müssten weitermachen, ob wir schon neue Leute gefunden hätten, das Archiv auf Dauer dichtzumachen, ginge gar nicht. Es ist schön zu wissen, dass für viele ein theoretischer und/oder emotionaler Bezug zum Archiv existiert, aber, Genoss_innen, ohne praktische Umsetzung reicht das leider nicht. Die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis hängt sicherlich mit der zeitlichen Aus- und Belastung der Einzelnen zusammen, wirft aber auch die Frage nach der Bedeutung des Archivs auf.

- Auffällig ist, dass nur sehr wenige der Hamburger Linksradikalen das Archiv nutzen: während hier früher Artikel, Flugis usw. als Textgrundlage oder Fotos als Layoutmaterial zusammengesucht wurden, liefert heute das Internet Informationen und passende Hintergrundbilder. Zwar gibt es nach wie vor Material im Archiv, das nicht über das Internet zugänglich ist, aber dieses wird mittlerweile überwiegend von Studierenden, Doktorand_innen oder sonstigen Autor_innen genutzt, die so (etwas) Gegenöffentlichkeit im Kontext einer Uni-Hausarbeit oder Dissertation herstellen. Für die politische Linke scheint die Relevanz des Archivs infolge der technologischen Entwicklung abgenommen zu haben.
- Der sinkenden Zahl dieser Nutzer_innen steht eine eher steigende Zahl von Materialspender_innen gegenüber: Genoss_innen, die ihre im Lauf von Jahr(zehnt)en zusammengetragenen Papiere nicht einfach wegwerfen, sondern irgendwie aufheben wollen. Fungiert das Archiv als Lagerraum, entlastet die szeneeigenen Dachböden und das eigene Gewissen?

Wir sind einfach - trotz der zahlreichen interessierten Nachfragen und Sympathiebekundungen der letzten Wochen und Monate - sehr unsicher, ob und welche politische Bedeutung das Archiv für Euch überhaupt hat, und hoffen sehr, dass Ihr bessere Antworten auf diese Frage findet. Uns selbst geht es darum, das Archiv zu erhalten und einen öffentlichen Zugang - auch im Sinne der Materialspender_innen - zu gewährleisten. Und dabei kann und muss in der aktuellen Situation grundsätzlich vieles in Frage gestellt werden.

Wie wir schon in der letzten Ausgabe der ZECK erklärt haben, steht für uns insbesondere die Struktur, die das Archiv bisher getragen hat, zur Disposition: Es mag an uns persönlich, an eingefahrenen Mechanismen, an mitgeschleppten Konflikten liegen - Fakt ist jedenfalls, dass wir als "halboffene Gruppe" nicht genügend neue Leute integrieren konnten. Zurzeit wuseln wir mit etwa 4 bis 5 Leuten durch die Papierberge, um die Fotos kümmern sich nur noch ungefähr 2¼ Menschen, und auf dem momentan 2wöchigen Plenum treffen sich 4 bis 6 Archivar_innen. Über steigende Belastung der Einzelnen, weniger Zeit für den Archivalltag und sinkende Frustrationstoleranz hatten wir ja bereits an anderer Stelle gejammert (ZECK Nr. 157) - im Folgenden wollen wir Euch nun wie versprochen unsere Ideen zu alternativen Strukturmodellen vorstellen:

- Die erste Variante ist keine strukturelle Alternative, sondern einfach der komplette personelle Austausch: Es finden sich genügend neue Leute, die das Archiv als Gruppe weiterführen und den Raum an einem, zwei oder mehreren Tagen für einige Stunden öffnen können und wollen. Nach einer gewissen Einarbeitungs-/Übergabezeit würden wir uns dann sukzessive zurückziehen. Damit wären wir draußen, was für uns persönlich traurig wäre, aber wenn es die Existenz des Archivs sichern würde, na ja…
- Die von uns zurzeit favorisierte Alternative ist ein Modell, wie es z. B. im Infoladen Schwarzmarkt lange praktiziert wurde: es gibt bestehende Gruppen(teile), und/oder Einzelne schließen sich zusammen, die selbstständig an einem bestimmten Tag in der Woche das Archiv öffnen und den Betrieb sicherstellen. Damit gäbe es zusätzliche Öffnungszeiten, und es müsste auch nicht jede mit jedem im Archivalltag zusammenarbeiten. Eine Vernetzung der einzelnen Tage liefe dann über (Delegierten-) Plena oder Archiv-Vollversammlungen, auf denen organisatorische und inhaltliche Fragen besprochen und beschlossen werden würden.
- Theoretisch vorstellbar ist auch ein zweischichtiges Modell: ein Teil der Leute arbeitet inhaltlich gemäß den eigenen thematischen Schwerpunkten mit dem Bestand, während ein anderer Teil die Alltagsorganisation (eingehendes Material systematisieren, in der Datenbank erfassen, einsortieren, Nutzer_innen betreuen, Anfragen beantworten usw.) übernimmt. So könnte das Archiv zwar (wieder) eine eher politische Ausrichtung bekommen, allerdings müssten sich genügend Menschen für die nervigen alltäglichen Aufgaben finden… Diese Zweiteilung der Arbeit birgt denn auch ein recht hohes Konfliktpotenzial.
- Die allerletzte Möglichkeit, das Archivmaterial vor dem Papiercontainer zu retten und irgendwie zugänglich zu halten, wäre, den Bestand auf andere Archive (z. B. Apabiz in Berlin) aufzusplittern oder als Ganzes abzugeben (z. B. an das Hamburger Institut für Sozialforschung). Aber vielleicht können wir das ja zusammen verhindern…

Grundsätzlich kann natürlich auch bei allen Varianten darüber nachgedacht werden, das eingehende Material - und die damit verbundene Arbeit - zu reduzieren, indem z. B. nur noch Zeitschriften eingepflegt werden, keine Flugblätter mehr archiviert werden, oder indem alles abbestellt wird, was im Internet oder in anderen Hamburger Archiven verfügbar ist.
Andererseits sollte auch die Beschränkung auf "Gedrucktes", also Zeitschriften, Flugblätter, Broschüren, Plakate und Fotos, angesichts des Wandels der Kommunikations- und Diskussionsstrukturen geklärt werden.

Soweit erstmal unsere Ideen zu einer möglichen Neuaufstellung des Archivs, die wir hiermit zur Diskussion stellen. Wir wollen an dieser Stelle auch noch mal allen ins Gedächtnis rufen, dass eine Entscheidung über die Zukunft des Archivs in nächster Zeit gemeinsam getroffen und getragen werden sollte, denn wir befinden uns in Räumlich-

keiten, die evt. ab Frühjahr 2011 als "prekär" zu betrachten sind. Momentan sieht es nicht danach aus, dass wir es uns leisten können, einfach solange zu schließen, bis sich eine neue Archivgruppe findet. Und, weniger defensiv formuliert, das wollen wir auch nicht:
Das Archiv der Sozialen Bewegungen hat seinen Standort nicht zufällig in der Flora, es ist Teil der selbstverwalteten Strukturen dort und will sich selbstverständlich auch im Kampf um den Erhalt der Roten Flora aufstellen.

Daher laden wir Euch ein, auf der Grundlage des Vorstehenden und natürlich Eurer eigenen Vorstellungen über eine tragfähige Archivstruktur und deren praktische Umsetzung zu diskutieren.
Bitte macht Euch vorher dazu Gedanken, denn es soll keine Informationsveranstaltung werden, sondern eine möglichst produktive gemeinsame Diskussion:

20.09.2010 um 19.30 Uhr in der Roten Flora

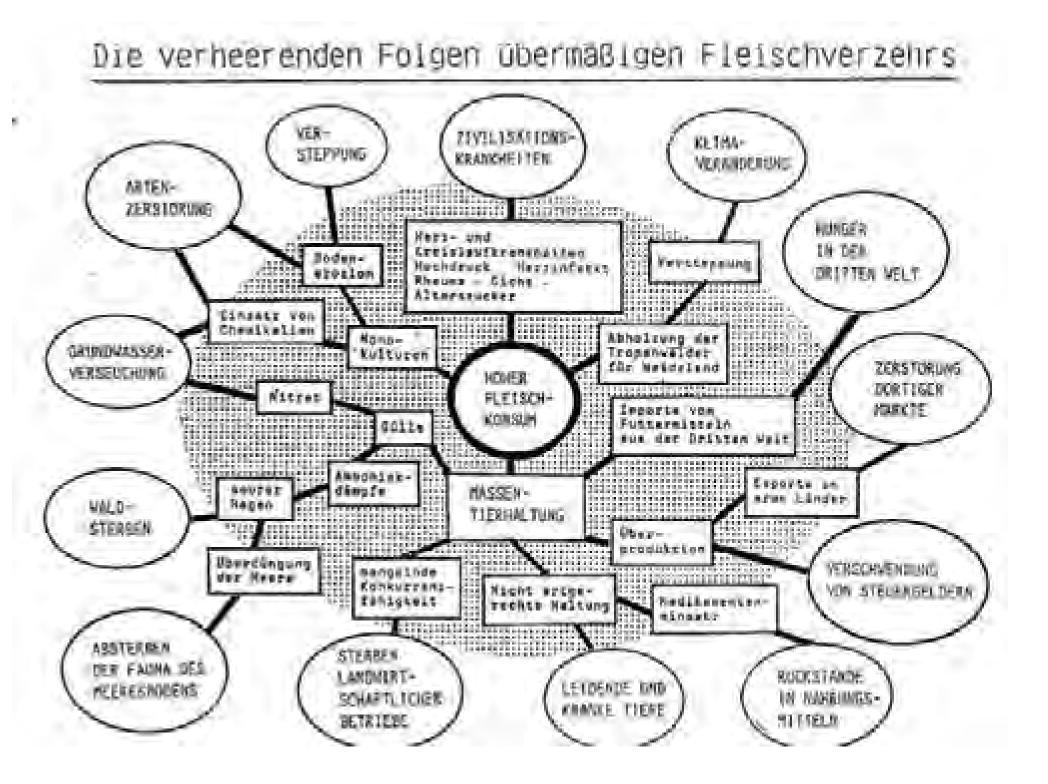
August 2010
Archiv der Sozialen Bewegungen/
Foto-Archiv-Kollektiv

Rote Flora - Verkaufsgespräche geplatzt

In Interviews u.a. in der Hamburger Springerpresse hatte der formale Eigentümer der Roten Flora Kretschmer für seine Visionen einer "Marke Rote Flora" (!) in den vergangenen Wochen werben dürfen. Er regte zuletzt eine Zukunftswerkstatt für die AnwohnerInnen des Schanzenviertels an, in der diese über die Zukunft der bis jetzt besetzten Flora hätten mitbestimmen sollen. "Denkbar ist alles", sagte Kretschmer dem Sender. [Ein Restaurant, ein Theater oder eine Kinderbetreuungseinrichtung. Der Politik warf Kretschmer vor, ihm in den vergangenen zehn Jahren keinerlei Anstöße für eine Entwicklung des Kulturzentrums gegeben zu haben.] In einem Container gegenüber der Flora sollten nach Kretschmers Vorstellung entsprechende Ideen gesammelt werden. Kretschmer, der im März 2001 das seit Ende 1989 besetzte Projekt für damals 385.000 DM von der Stadt gekauft hatte und dort nach wie vor Hausverbot hat, hat damit seinen kruden Vorstellungen der Vergangenheit neuen Schwachsinn hinzugefügt.

Am heutigen Dienstag sollte es nun ein Treffen mit Vertretern aus Hamburger Behörden geben. Dabei sollten die unterschiedlichen Interessen und Vorstellungen über die Zukunft der Roten Flora ausgetauscht und erörtert werden. Von Seiten der Stadt sollte demnach Kretschmer vermittelt werden, dass ein möglicher Rükkkauf der Stadt sich an dem aktuellen Verkehrswert des Grundstücks von 1,2 Millionen Euro als Höchstpreis orientieren werde. Kretschmer behauptete im Vorfeld des Treffens, ihm lägen Angebote bis zu 19 Millionen Euro vor.

Nun aber hat er aber das von ihm selbst geforderte Gespräch mit städtischen Vertretern am gestrigen Abend kurzfristig abgesagt. Damit lässt er schon zum zweiten Mal in diesem Jahr einen entsprechenden Termin mit der Stadt platzen. Hintergrund der geplanten Gespräche ist das Vorkaufsrecht der Stadt, das im März 2011 ausläuft. Theoretisch kann ab 2011 Kretschmer ohne Zustimmung der Stadt das Gebäude verkaufen. Allerdings wäre auch ein Käufer an die grundbuchlich festgeschriebene Nutzung als "Gemeinbedarfseinrichtung" zunächst gebunden.



Schon im vergangenen Jahr hatte Kretschmer sich beschwert, von der Roten Flora gingen keine für ihn erkennbaren Impulse aus, im übrigen sei das Projekt von Linksradikalen übernommen worden. Seine Ahnungslosigkeit über die Strukturen und Inhalte des Projekt wird eigentlich nur von seiner Dreistigkeit übertroffen. Auf der Architektur-Biennale in Sao Paulo/Brasilien präsentierte er 2009 das von ihm in Hamburg bekämpfte Projekt, als wenn er Betreiber und Förderer der Roten Flora wäre. In der Öffentlichkeit erweckt er gerne den selbstlosen Eindruck, dass er die laufendenden Betriebskosten zahlen würde - tatsächlich zahlt er lediglich Grundsteuern, Feuerkassenbeiträge und die Gehwegreinigung, alles Kosten, die nur der Grundeigentümer erbringen kann.

Die wesentlich höheren monatlichen laufenden Betriebskosten werden seit Jahr und Tag von den NutzerInnen getragen. Fakt ist, dass Kretschmers Kalkül, mit der Flora-Immobilie Prestige und finanziellen Gewinn erwirtschaften zu können, nicht aufgeht. Zumal er sich 2001 gegenüber der Stadt vertraglich verpflichten musste, jeden Gewinn, der über den Verkehrswert hinaus geht, an die Stadt abzuführen.

Das bedeutet aktuell, dass er bei einem angeblichen Angebot von 19 Millionen Euro ohnehin davon ca. 17,8 Millionen an die Stadt abführen muss (und dabei zugegebenermaßen imer noch einen netten Gewinn machen würde). Die NutzerInnen jedenfalls haben immer wieder deutlich gemacht, dass die Zukunft des besetzten Hauses nicht an formalen Rechten welcher Eigentümer auch immer hängt, sondern allein von denen bestimmt wird, die das Haus nutzen. Und das die Rote Flora immer nur genau das ist, was in sie hineingetragen wird.

In diesem Sinne: Rote Flora bleibt!

Ein Diskussionsbeitrag, ein Aufruf und einige Gedanken zur laufenden Mobilisierung gegen die Einheitsfeier 2010:

Hauptsache es knallt!

20 Jahre Wiedervereinigung: es wächst zusammen, was zerstört gehört!

Vom 01.- 03. Oktober 2010 werden in Bremen die zentralen Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit stattfinden. Der frischgebackene Bundespräsident wird anreisen und (wie die Jahre davor seine Vorgänger auch) was vom freiheits- und friedliebenden Volk der Deutschen schwurbeln. Die geschichtslose Ignoranz, die diese Darstellung jedes Jahr aufs neue offenbart, fügt sich ein in den seit einiger Zeit verkrampft geführten Versuch, der Nation ein neues, unschuldiges Image zu verleihen. Ob durch das Lamentieren über die "Auschwitzkeule", die manche_r nicht mehr spüren mag, durch die Relativierung des Nationalsozialismus mittels der zunehmenden Gleichsetzung "der beiden deutschen Diktaturen", oder einfach das allgegenwärtige Gejammer, mensch müsse wieder stolz sein dürfen auf Deutschland.
Allgegenwärtig ist der Wunsch nach einem Abschluss der "eigenen" Geschichtsaufarbeitung, einem neuen "Nullpunkt", von dem an wieder unbeschwert von vorne angefangen werden darf.
Einhergehend mit einer absurden Verdrehung von Täter/Opfer-Status wird das Bild einer gebeutelten Nation konstruiert, die unter ihrer eigenen Geschichte zu leiden hat. So wird versucht, dem völkischen deutschen Nationalismus ein "unbeflecktes" Gewand überzuziehen und sich selbst davon reinzuwaschen, dass dieser sich nicht ohne Antisemitismus denken lässt.

Auch mit der Friedensliebe der Deutschen ist das so eine Sache: Seit der Bombardierung Serbiens 1999, bezeichnender Weise unter Regierungsbeteiligung der Grünen (einem Abfallprodukt der Friedensbewegung) wurde auch mit dem Leitsatz gebrochen, von deutschem Boden dürfe nach 1945 nie wieder ein Krieg ausgehen. Seither mischt Deutschland auch militärisch wieder weltweit mit, und das nicht, um irgendwessen Freiheit, sondern um die nationalen geostrategischen Machtinteressen zu verteidigen, wie Horst Köhler es im Frühling so treffend auf den Punkt brachte, bevor er seinen Abgang inszenierte. Während die militärische "Verteidigung" Deutschlands am Hindukusch ins 10. Jahr geht und immer mehr menschliches Kriegsmaterial in Blechkisten in die geliebte Heimat zurückgebracht wird, präsentiert sich die selbstbewusste Nation an der Weser von ihrer weltoffensten Seite: entlang der Yuppieflaniermeile "Schlachte" richtet die Stadt ein großes Volksfest mit allerlei Politprominenz und hochkarätigem Kulturprogramm aus. Der bittere Zynismus der Feierlichkeiten um den Fall einer Grenze offenbart sich am deutlichsten an der seit Jahren stattfindenden polizeilich-, militärischen Aufrüstung der EU Außengrenzen, die bis heute tausende Todesopfer gefordert hat - und das mit wesentlicher Unterstützung Bremer Rüstungs- und Überwachungstechnologie.

Für die wenigen Flüchtlinge, die es diesen Abwehrmaßnahmen zum Trotz "bis hierher" schaffen, hält der deutsche Staat ein ausgefeiltes Illegalisierungs-, Überwachungs- und Schikanierungsinstrumentarium bereit, um ihnen das Leben weiterhin so schwer wie möglich zu machen. Dass der Fall der Mauer weniger dem Gedanken an eine allgemeine Bewegungsfreiheit und eine Welt ohne Grenzen geschuldet war, zeigte sich bereits in den ersten Jahren der Einheit in der Welle "nationaler Wiedererweckung" die ihren gewaltsamen Ausdruck u.a. in den rassistischen Pogromen 1992 in Rostock und den Morden in Hoyerswerda und Solingen fanden. Dem rassistisch-nationalistischen Diskurs folgte 1993 die damalige Bundesregierung mit der faktischen Abschaffung des Asylrechts. Nationalismus ist ohne Ausgrenzung und Rassismus eben nicht zu haben.

Volksgemeinschaft & Krise

Doch nicht nur deutsch-nationale Siegerposen, auch staatstragende Gedanken werden zu hören sein, wenn im Oktober die Altväter der Einheit zusammenkommen und die nationale Supersause steigt. Von schweren Zeiten, in denen es gelte, fest zusammen zu stehen, vom Rückhalt für "unsere Jungs" an der Front, vor allem aber von einer Krise, die die deutsche Vormachtstellung in der EU, sowie die Eurozone als ganzes zu gefährden scheint. Besonders in Zeiten drohender sozialer Unruhen und schwerer wirtschaftlicher Krisen dienen die Beschwörung der Volksgemeinschaft und das nationale Spektakel als Herrschaftsinstrument zur Befriedung der Bevölkerung; bei Bockwurst und Bier wird ein zweifelhaftes Wir-Gefühl vermittelt: das Konstrukt von Volk und Nation führt zu einer absurden Identifikation zwischen Ausgebeuteten und Ausbeuter_innen, der Schicksalsgemeinschaft eben. Die Ursachen für die angeblich unumgänglichen Folgen der Krise (Sozialabbau, Lohnsenkungen, Massenentlassungen...) werden dann weder in den sozialen Ungleichheiten innerhalb des exklusiven Clubs der Deutschen gesucht, noch wird dabei hinterfragt, wie legitim es eigentlich ist, den Rest der Welt auszuplündern. Die Volksgemeinschaft wähnt sich in einem natürlichen Interesse verbunden und tritt in einen rücksichtslosen Überlebenskampf um Raum und Ressourcen. Dass der Kapitalismus selbst die Krise ist, das will an einem Tag, der so gänzlich dem antisozialistischen Ressentiment gehört, natürlich keine_r gerne hören. Und so ging damals im großen "Wir" von 1990 auch nahezu unbemerkt unter, dass es u.a. die Annexion der DDR und der Fall des pseudosozialistischen Konkurrenz- und Leistungssystems im Osten waren, die den
Weg für einen ungehemmten Klassenkampf von oben frei machten, mit dem die seit den 1970ern strauchelnde kapitalistische Profitrate auf Kosten der Lohnabhängigen saniert wurde. Die damit einhergenenden massiven Angriffe auf Lebensstandards, Löhne und Sozialsystem, die Deregulierungs- und Privatisierungsstrategien wiederum bereiteten den Boden für die aktuelle Krise des kapitalistischen Systems und deren drastisches Ausmaß. Für die politischen Stellvertreter_innen dieses Landes sind jedoch nationalistische, rassistische und antisemitische Erklärungsmuster bei der Vermittlung dessen, was seit einiger Zeit als Finanz-, Währungs-, Wirtschaftskrise präsentiert wird, offensichtlich nützlicher als eine Analyse der dem Kapitalismus strukturell innewohnenden Ursachen: Schuld sind entweder unpatriotische und maßlose "Turbokapitalist_innen" die den nationalen Wirtschaftsstandort kaputt machen; oder auch mal die "faulen und korrupten Griechen", bzw. deren schwache Regierung, der es trotz des offensichtlichen Ernstes der Lage nicht zu gelingen scheint, die soziale Revolte in Europas Peripherie niederzuschlagen. Überhaupt hätten jene, die es in dieser Situation noch wagen, ihren Staat durch so etwas profanes wie Klassenkampf von unten zusätzlich zu schwächen, wo es doch gerade darum geht, einzusehen, dass alles etwas knapper wird, nichts verstanden. In

welche Richtung dementsprechend die Krisenstrategien der EU-Regierungen gehen werden, lässt sich erahnen: Die Milliardenkredite an den griechischen Staat zur Stabilisierung der Eurozone unter dem Motto: "Hilfe für Griechenland" sind nicht nur an Strukturanpassungen gekoppelt, mit denen die Krisenlasten auf dem Rücken der Lohnabhängigen abgeladen werden sollen, sondern auch an Exporthilfen für die deutsche Rüstungsindustrie, im speziellen durch den Kauf deutscher U-Boote. In einer in immer weiteren Teilen verarmenden Gesellschaft und der zunehmenden Eskalation des permanenten sozialen Krieges von oben sehen wir hier wie in Griechenland die Überwindung der "Krise" im Aufbau tragfähiger solidarischer Netze jenseits der kapitalistischen Verwertungslogik, und nicht in der militärischen Verwaltung eines sterbenden Systems, das alles angreift, was beabsichtigt, es zu überleben.

Partygast: gentrification...

Bei öffentlichen Events dieser Größenordnung spielen immer auch städteplanerische Aspekte eine Rolle. Die neuen prestigeträchtigen Betonwüsten der Stadt werden mit "Leben" gefüllt und bei den Besucher_innen Akzeptanz für ein Viertel geschaffen, in dem sich die meisten von uns nicht mal einen Kaffee leisten können. 2008 nutzte die Stadt Hamburg die Einheitsfeier zur Eröffnung der neu fertiggestellten "Hafencity", mit Bettel- und Rumlungerverbot, einem Paradebeispiel für Ausgrenzung und Verdrängung. Auch in Bremen wird am 3. Oktober die inoffizielle Einweihung eines neuen Viertels gefeiert: der seit Jahren wachsenden "Überseestadt". Das künstlich aus dem Boden gestampfte Luxus Wohn- und Geschäftsviertel in bester Lage verbindet die Schlachte (entstand zur Expo 2000) mit der Waterfront (der ehem. Millionen-Investitionsruine "Spacepark") und schließt so die Yuppieflaniermeile quer durch Bremen. Auch das in Berlin gescheiterte Konzept der "Carlofts" ist im Angebot der Überseestadt-Investoren enthalten. Während sich auf der Neustadtseite die Bürgerinitiative "Bremer am Fluss" von Bremerinnen und Bremern bislang erfolgreich gegen die Privatisierung des Uferstreifens und den mit der vermeintlichen Aufwertung verbundenen Konsequenzen für den Stadtteil wehrt, fehlt auf der Altstadtseite jeder Widerstand.

Das mag auch daran liegen, dass der Prozess bereits sehr weit fortgeschritten ist; der wesentliche Punkt ist jedoch, dass hier keine direkte Vertreibung stattgefunden hat - die Überseestadt entstand auf einer brachliegenden Hafenfläche. Doch auch für die Angrenzenden Viertel wie Walle, oder Gröpelingen wird die "Aufwertung" der Weserrandgebiete nicht ohne Folgen bleiben (steigende Mieten etc.). Dass sich seitens der Bremer Szene heute kaum noch mit der aktuellen Stadtentwicklung und deren negativer Folgen auseinandergesetzt wird, empfinden wir als sehr bedauerlich. Wir halten es auch für eine Frage der Ernsthaftigkeit des eigenen Politikverständnisses in einer Bewegung, die sich im wesentlichen in Alltagskämpfen konstituiert, solche Ausgrenzungs- und Vertreibungsprozesse zur Kenntnis zu nehmen und anzugreifen. Gentrification ist ein Begriff, der bei vielen eher an brennende Autos in Berlin und Hamburg denken lässt, als an die Kämpfe um den Weidedamm oder die breiten Proteste gegen die Mozarttrasse in Bremen. Wir stellen in diesem Zusammenhang unsere Kritik an der Einheitsfeier 2010 ganz bewusst in den Kontext ihres Austragungsortes und dessen Symbolik:
Überseestadt wegscheppern ...
...damit wir leben können!

Die deutsche Einheit & die Autonomen

Ende der `80er befand sich die Bewegung zumindest quantitativ auf ihrem Höhepunkt; hunderte besetzte Häuser, autonome Stadtteilgruppen und militante Demos mit mehreren tausend Teilnehmer_innen. Als 1989 das Ende der Sowjetunion eingeläutet wurde und viele der kommunistisch orientierten Gruppen in der BRD mit einem Schlag ihren politischen Bezugspunkt verloren, war die autonome Bewegung an einem Punkt, der innerhalb der radikalen Linken eine der wenigen Perspektiven hätte bieten können. Es kam nicht so: die 90er Jahre wurden zu einer politischen Talfahrt, die ihren Tiefpunkt in den gescheiterten Mobilisierungen zum G8 1999 in Köln und zur Expo 2000 in Hannover fanden. Obwohl sich durch den Mauerfall auch neue Felder und Möglichkeiten, wie die Ausweitung der Häuserkämpfe boten, stagnierte die Situation zunehmend; die Szene verstrickte sich immer mehr in Abwehrkämpfe und interne Streitigkeiten. Lähmung, Resignation und Zerfall folgten dem über zehnjährigen Aufbruch der Bewegung - warum? Mit der Zeit wuchs auch der persönliche Preis für die Auseinandersetzung mit dem Staat: Perspektivlosigkeit, Überlastung und Rückzug auf der einen Seite, die Stärkere Ausrichtung bestehender Repressionsinstrumente auf die autonome Bewegung und deren zunehmende Kriminalisierung.

Hinzu kam eine fehlende Antwort auf den gesellschaftlichen Rollback, der spätestens mit der Wiedervereinigung einsetzte. Vielleicht unterschätzten die Autonomen auch mehr als andere Gruppen den Einfluss der veränderten Weltlage auf die eigenen, zumeist lokalen (oft fast privaten) Kämpfe, da ihrerseits ja keinerlei positive Bezüge auf die realsozialistischen Experimente im Osten bestanden. Das politische Profil der Bewegung veränderte sich, verschwunden sind die Autonomen jedoch nicht. Trotz ausbleibender Dynamik ging die Arbeit in verschiedenen sozialen Kämpfen und Teilbereichen weiter, so dass sich autonome und linksradikale Positionen heute oft im Zentrum der Debatte wiederfinden (wie z.B. in der anti-AKW Bewegung, oder in der antira-Arbeit).
Was jedoch verloren ging, war ein Lebensgefühl, das bisher untrennbar mit dem Begriff der Autonomen verbunden war und dessen vorsichtige Wiederaneignung wir in der Debatte um den Aufstandsbegriff sehen. Seit einigen Jahren sehen wir an verschiedenen Ecken wieder vermehrt Versuche aufkommen, teilbereichsübergreifend Perspektiven und Strategien einer Gesamtbewegung zu diskutieren. Praktisch getragen werden die Bemühungen von einer wieder zunehmend konfrontativen Haltung dem System und seinen Institutionen gegenüber.

happy birthday Schweinesystem!

Im Rahmen der Mobilisierung gegen die Einheitsfeier wollen wir mit möglichst vielen verschiedenen Menschen die eine grundsätzliche, systemoppostionelle Kritik an Volk und Nation teilen, gemeinsam auf der Straße unterwegs sein; laut, wahrnehmbar und renitent. Dass deren Zahl wohl überschaubar bleiben dürfte, im Vergleich zum staatlich bestellten und Winkelementbewährten Partymob, darin sehen wir keinen Hinderungsgrund und sind dies auch nicht anders gewohnt. Wir sehen keinerlei positiven Ansatzpunkt, an den öffentlichen Einheitsdiskurs a la "wär's nicht noch schöner, wenn die anderen Grenzen auch noch verschwinden würden?" anzuknüpfen. Wir suchen nicht den Dialog mit Deutschland und seinen Freund_innen und sollten uns auch nicht der Illusion hingeben, die Festbesucher_innen wären wild darauf, sich darüber informieren zu lassen, was an ihrem Abendprogramm nicht ganz politisch korrekt ist. Kurzum: wir haben mit Deutschland nichts zu feiern!
Unter dem Motto:
"kein Tag für die Nation - kein Tag für Deutschland" organisiert ein Bündnis aus

anti-deutschen und linksradikalen Gruppen für den 02. Oktober eine Bundesweite Demonstration und ruft zu Aktionstagen vom 01. bis zum 03.10. auf.
Wir begrüßen diesen Aufruf ausdrücklich, sehen jedochin der politischen Zusammensetzung des Bündnisses die Gefahr, die Mobilisierung zu einer Nabelschau unverständlicher interner Debatten werden zu lassen.

Unser Interesse an diesem Tag ist ein anderes: 3. Oktober 2010: Hauptsache es knallt!

Unser Anliegen besteht darin, die Einheitsfeier zu einem Desaster zu machen! Sowohl derpolitische Hintergrund der Feierlichkeiten, wie auch die mediale Aufmerksamkeit, die diesesEreignis auf sich ziehen wird, sind für uns Anlass genug, unsere Wut auf die Straße zu tragenund unsere Unversöhnlichkeit mit den herrschenden Verhältnissen zum Ausdruck zu bringen.
Das Kampagnenmotto "Hauptsache es knallt!" drückt für uns prägnant und treffend das aus, was wir in Hinblick auf die Einheitsfeier konzeptionell für richtig und nötig halten. Ob dabei auch die direkte Konfrontation mit den Sicherheitskräften zu suchen ist und ob die Bündnisdemo der richtige Ort dafür sein kann, muss letztlich jede_r selbst entscheiden. Von Straßentheater bis Grillanzünder, wir können uns da 'ne ganze Menge vorstellen und lehnen eine Hierarchisierung von Aktionsformen ab. Wir sind solidarisch mit allen Protesten, die sich in diesen Tagen aus emanzipatorischer Perspektive kritisch mit Deutschland und der Wiedervereinigung auseinandersetzen. Der Schwerpunkt unserer Betrachtungen liegt jedoch auf der Durchführung militanter Aktionen, da sich dieser unseres Erachtens unverzichtbare Handlungsrahmen, jenseits der begrenzten Spielräume der Legalität, (aus nachvollziehbaren Gründen) schwerlich im Rahmen eines bündnispolitischen Aktionskonsens aushandeln lässt. Es geht uns nicht um heroische Straßenkämpfer_innenposen oder das Einfordern von Opferbereitschaft, sondern um eine gewisse Leidenschaftlichkeit den Dingen und vor allem unseren Kämpfen gegenüber; und dass wir den Punk nicht ganz vergessen. "1,7 Millionen Euro plus X" schätzt Fest-Chefplaner Klaus Sondergeld die Veranstaltungskosten; wir sehen in dieser Aussage einen gewissen Mitgestaltungsspielraum und nehmen die Einladung mit Vergnügen an.

Die wesentlichen Eckpunkte des Kampagenentwurfes "Hauptsache es knallt" sind folgende:
1. Imagebeschmutzung: Rücken wir die Veranstaltung in der öffentlichen Wahrnehmung verstärkt in der Zusammenhang mit zu erwartenden Ausschreitungen, Störaktionen und nervigen Diskussionen über Nationalismus und Rassismus. Die Adaption der Parole "Hauptsache es knallt!" ist dabei von unserer Seite ausdrücklich erwünscht.

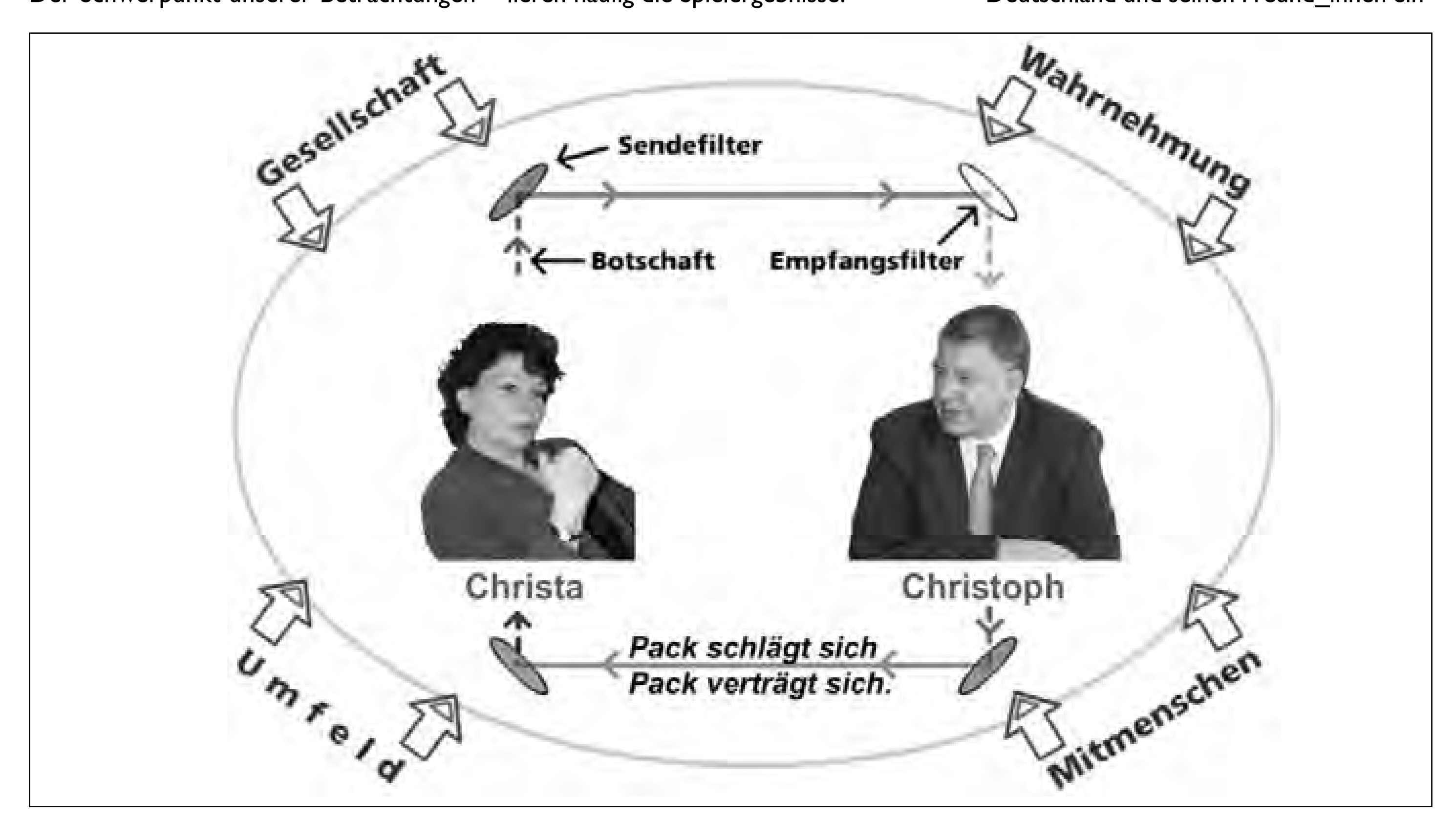
2. Sachschaden: Farbe, Glasbruch, Buttersäure ... wer/welche knackt den Jackpott? "1,7 Millionen Euro plus X" - die Spiele sind eröffnet. Extrapunkte gibt es für Interventionen und Sabotageakte, die direkt in Vorbereitung und Infrastruktur des Festes eingreifen. Achtung beim Punktesammeln: Weser Kurier und Bremer Polizei manipulieren häufig die Spielergebnisse.

3. Kennzeichnung politisch Verantwortlicher: Neben dem Fest-Chefplaner der Bremer Wirtschaftsförderung Klaus Sondergeld und dem Schirmherren der Veranstaltung, Bürgermeister und Bundesratsvorsitzenden, Jens Böhrnsen wirken eine ganze Reihe von Einzelpersonen und Firmen an Vorbereitung und Umsetzung der Einheitsfeier mit; diesehaben Namen, Adressen und oft auch schicke Autos vor der Tür!

4. Unkontrollierte Verhältnisse eingehen/ schaffen: "Hauptsache es knallt!" ist ein Mitmachkonzept für das es keine weitere Koordination im Sinne festgelegter Zeiten und Treffpunkte für Blockaden geben wird. Bremen ist eine kleine Stadt und der richtige Ort um Randale zu machen kann praktisch (fast) überall sein. Denkt euch was aus, trefft rechtzeitig Verabredungen mit euren Freund_innen und macht euch mit den Gegebenheiten vertraut.
Wenn eine (militante) Aktion nicht mehr Ausdruck der Selbstbestimmtheit ihrer Akteur_innen ist, ist auch der schönste Krawall nichts wert!

Was wir uns für den 03. Oktober 2010 wünschen, ist ein entschlossenes, eigenverantwortliches v.a. aber leidenschaftliches Intervenieren, das dem herrschenden Normalzustand (zumindest temporär) den unkontrolliertenAusnahmezustand entgegensetzt.

Vom 01.- 03.Oktober 2010 auf nach Bremen: demonstrieren, sabotieren, stören!
Deutschland und seinen Freund_innen ein-





Nein! Nein! Erst die Bank, dann zum Supermarkt
und danach endlich zum Schanzenfest!

Was steht denn da?

Bambule Fans, welcome in Hamburg Schanzenviertel

Hier haltet ihr eine Karte mit Tipps für den gepflegten Krawall zum Schanzenfest am 4. September 2010 (und auch später) in den Händen. Angriffspunkte gibt es viele, guckt auch mal über den Schanzenrand hinaus ...
Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und so einiges ist noch in Diskussion oder aufgrund von Diskussionen rausgelassen worden. Grundsätzlich lässt sich ergänzen, dass wir auch Autos, die über 50 000 Euro kosten durchaus angriffswert finden, davon gibt es auch eine ganze Menge in der Gegend. Manche der Läden lassen übrigens ab 22 h die Rolläden runter.

Denkt an Wechselklamotten, denkt daran, euch zu vermummen, denn wir haben sicher nicht alle Kameras aufgelistet.
Achtet auf euch! Und amüsiert euch!

Banken:
Hypovereinsbank, Pferdemarkt
Haspa, Wohlwillstraße 51
Haspa, Schulterblatt
Haspa, Bellealliance Str./Weidenallee
Haspa, Holstenstr. /Max-Brauer-Allee
Deutsche Bank, Schulterblatt
Hamburger Volksbank, Schanzenstr. 65

Supermärkte/Drogerien:
Aldi, Holstenstr./Max-Brauer-Allee
LIDL, Altonaer Straße 10
Budnikowsky, Schulterblatt 49
Rossmann, Schulterblatt 45
Penny, Schulterblatt 26
Schlecker, Schulterblatt 134
Penny, Schulterblatt 135
Edeka, Einsbüttler Chaussee 19
Budnikowsky, Schanzenstr. 55
REWE, Altonaer Str. (jetzt mit Probe-shopping bis 24 Uhr)
Budnikowski, Bellealliance Straße

Teuerer Läden:
Americanaparel, Schanzenstr./Schulterblatt
Adidas, Schulterblatt 11
Store², Schulterblatt 25
Glassaal, Schulterblatt 64
6Millionglasses, Schulterblatt 5
Hummel, Schanzenstr. 46
Carhart, Schanzenstr./Ludwigstr.
Fuchs, Karolinenstraße 27

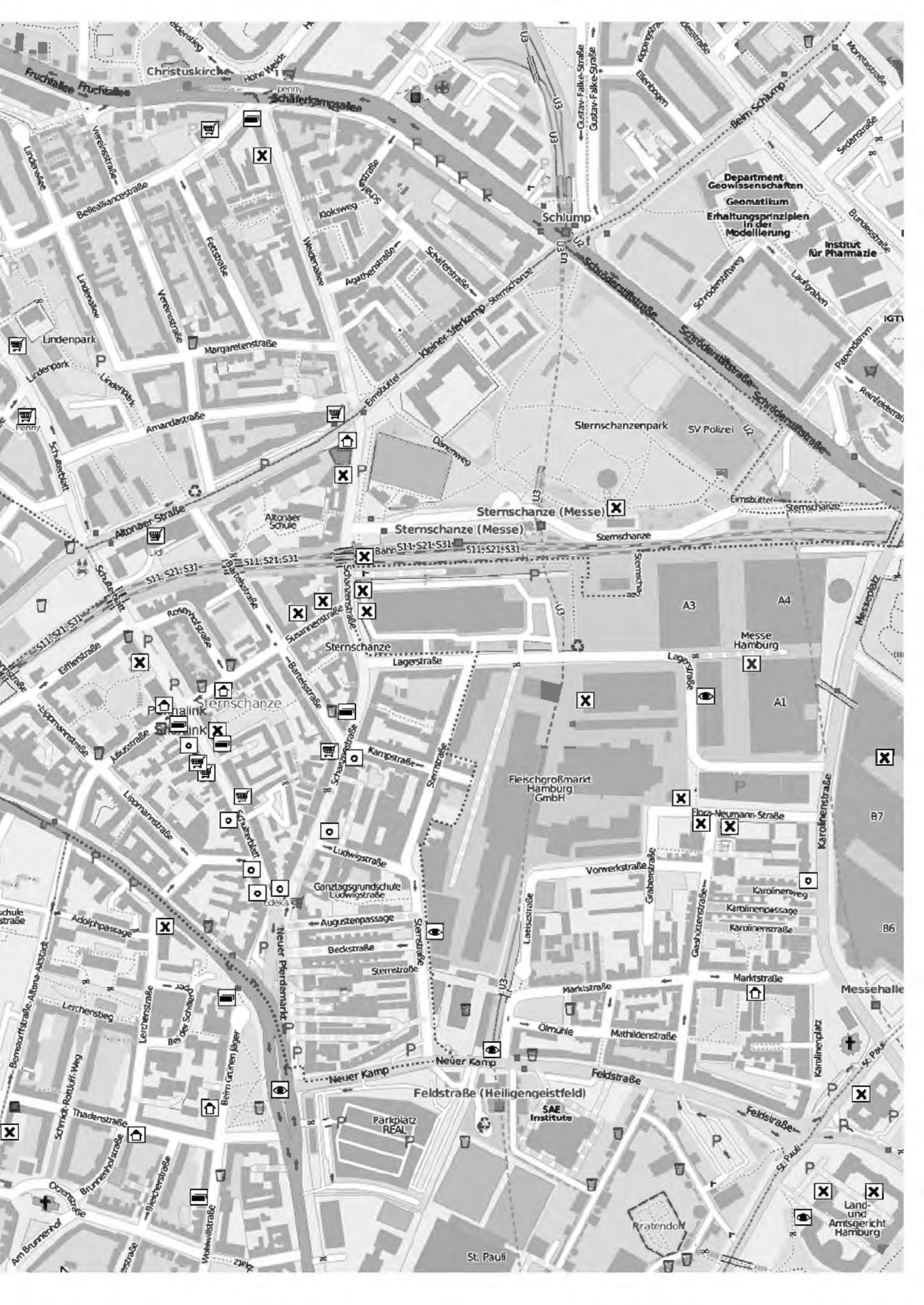
Kameras
Neuer Kamp/U-Feldstraße
Neuer Pferdemarkt
Sternstr.. (Fleischhandel Salzbrenner)
Sternbrücke/Stresemannstr.
Gerichtsgebaude
Messehallen

Sonstiges:
1) Sexversand, Bernstorfstr. 76
2) Pianofabrik, Schulterblatt 58 (u.a. JvM)
3) Architekturbüro Planpark, Susannenstr. 29 (planen Eigentumswohnungen in der Thadenstr./Lerchenstr.)
4) Post/DHL
5) Mac Donalds, Schanzenstr./Bahn-Brücke
6) Bullerei, Lagerstr. 34b/ Zugang Schanzenstr. (angesagtes Restaurant)
7) Schlachthof, Lagerstraße
8) Deutsche Bahn, Schanzenstr. 80
9) Piano Tröbger, Schanzenstr. 117 (Protagonist d. Vertreibung d. Drogenszene)
10) Mövenpickhotel, Sternschanze
11) PK 16, Stresemannstr. (our Favorit)
12) Agentur für Arbeit, Eppendorfer Weg 24
13) Jung von Matt, Grabenstr. 25, Glashüttenstraße 38 +79
14) Messe, Karolinenstraße
15) U-Haftanstalt, Bei den Kirchhöfen
16) Strafjustizgericht, Sievekingsplatz
17) Oberlandesgerichtgericht, Sievekingspl.

Häuser
Juliusstr. 40 (Leerstand bis auf 1 Wohnung)
Susannenstr. 6/7 Leerstand (Hinterhof)
Susannenstr. 43 Leerstand
Beim Grünen Jäger 2, Leerstand
Marktstraße 139, Leerstand

Bellealliancestr. 1, Eigentumswohnungen
Thaden/Lerchenstr., Eigentumswohnungen
Altonaer Str., Frida Schanze, Luxus Lofts
Schanzenstr./Altonaer Str., Loft-Neubau

usw. usf.



Christuskirche
Fruchtallee
Schäferkampsallee
Beim Schlump
Schlump
Department Geowissenschaften
Geomatikum
Erhaltungsprinzipien in der Modellierung
Institut für Pharmazie
Bundesstraße
Schröderstiftstraße
Sternschanzenpark
SV Polizei
Lindenpark
Margaretenstraße
Amandastraße
Altonaer Straße
Altonaer Schule
Kleiner Schäferkamp
Sternschanze (Messe)
S11, S21, S31
A3
A4
Messe Hamburg
A1
Lagerstraße
Sternschanze
Fleischgroßmarkt Hamburg GmbH
Flora-Neumann-Straße
Vorwerkstraße
Karolinenstraße
Messeplatz
Messehallen
B7
B6
Ganztagsgrundschule Ludwigstraße
Ludwigstraße
Kampstraße
Augustenpassage
Beckstraße
Neuer Pferdemarkt
Marktstraße
Ölmühle
Mathildenstraße
Neuer Kamp
Feldstraße
Feldstraße (Heiligengeistfeld)
SAE Institute
Parkplatz REAL
St. Pauli
Land- und Amtsgericht Hamburg
Karolinenplatz
Thadenstraße
Lerchenstraße
Adolphpassage

Warum das Kriegsministerium den Trialog versenkt

Absage

Am 22. Juni 2010 ließen die Commerzbank und das Kriegsministerium verlauten, dass der für September in Kiel angesetzte Trialog aufgrund "der massiven Sparzwänge im Haushalt der Verteidigung" abgesagt sei.

Weiter heißt es: "Über die Zukunft [..] des Celler Trialogs in den kommenden Jahren wird im Lichte der weiteren Entwicklungen und mit Blick auf die gesamte sicherheitspolitische Konferenzlandschaft zu entscheiden sein."

Versuch einer Einordnung

Die anfängliche, kurze Freude über den vermeintlichen Erfolg den Trialog versenkt zu haben, wich bei uns recht schnell einem erstaunten Spekulieren über die tatsächlichen Gründe für das Aussetzen des "nationalen, sicherheitspolitischen Diskussionsforums". Wir wollen versuchen unsere Vermutungen zu ordnen und zu begründen, denn wir glauben, dass die Absage des Trialogs relativ viel über den aktuellen Stand der Militarisierung bzw. der "sicherheitspolitischen Debatte" in der BRD verrät.

Zunächst steht für uns fest am Geld wird's nicht gescheitert sein. Das Kriegsministerium sponserte das Treffen 2009 gerade mal mit 22.000 Euro. Eine Summe, die einerseits unbedeutend ist und anderseits auch ohne Schwierigkeiten außerhalb des staatlichen Verteidigungsetats aufgetrieben werden könnte. Denn schließlich stellte der Aufsichtsratsvorsitzende der ausrichtenden Commerzbank, Klaus-Peter Müller, bereits 2008 fest: "Investitionen in Sicherheit tragen eine positive Rendite".

Deshalb war die Commerzbank auch ziemlich vor den Kopf gestoßen und unzufrieden mit der vom Kriegsministerium getroffenen Entscheidung. Aus unserer Sicht gibt es für das Ministerium zwei entscheidende Gründe die Einladung für die Eliten aus Politik, Wirtschaft und Bundeswehr derart kurzfristig zurückzuziehen.

Wenn Kriegsstrategen sich streiten

Der erste Grund ist relativ banal. Innerhalb des Kriegsministeriums, der Bundeswehr und einigen anderen Sicherheitsgremien herrscht Uneinigkeit. Wir können nur mutmaßen wie sehr sich intern gestritten wird, aber wenn Uneinigkeit, wie in den letzten Monaten, schon über die Medien ausgetragen wird, scheint es recht heftig zuzugehen.

Die wohl wichtigste Auseinandersetzung hängt mit der von Guttenberg angekündigten Umstrukturierung der Bundeswehr zusammen. Die Truppenstärke soll von 250.000 auf ca 165.000 Soldaten und Soldatinnen reduziert werden. Damit einher gehen Pläne zur Abschaffung der Wehrpflicht und Standortschließungen. Große Teile der Union aber auch der SPD haben massive Probleme mit der Abschaffung der Wehrpflicht. Teile der Bundeswehr und betroffene Gemeinden fürchten finanzielle und Bedeutungsverluste durch Standortsschließungen. Im Kern ist es aber eine Auseinandersetzung zwischen den Polen Effizienzsteigerung für eine global operierende Eingreiftruppe und Anbindung an die Gesellschaft durch die Wehrpflicht. Die Struktur und das Auftreten Bundeswehr wird sich ohne Wehrpflicht massiv verändern. Die Nachwuchswerbung wird z.B. noch deutlich offensiver ausgerichtet werden müssen. Guttenberg hat angekündigt nach der Sommerpause detaillierte Konzepte für die Umstrukturierungen vorzulegen.

Zusätzlich zu dieser aktuellen gibt es einige schon länger dauernde Auseinandersetzung. Da ist der Streit um die weitere Konzeption der Auslandseinsätze bzw. der Ausrichtung der strategischen Partnerschaften. Nicht nur Anbetracht des immer offener zu Tage tretenden Scheiterns in Afghanistan werden z.B. innerhalb der EU unterschiedlichste Szenarien diskutiert. Die weitere Verschmelzung der Armeen der einzelnen Mitgliedsländer ist eine offene Frage. So gibt es z.B. Szenarien in denen Deutschland keine eigenständige Marine mehr unterhält. Auch das Festhalten an der Partnerschaft zu den USA oder eine Einbeziehung Russlands in militärische Strukturen ist eine Diskussion, deren Ergebnis noch nicht abzusehen ist.

Dann gibt es schon länger eine Debatte darum wie der Krieg in Afghanistan verkauft werden soll. Während Teile der Bundeswehr eine eindeutigere Benennung als Krieg fordern und von der Politik mehr Rückendeckung z.B. für gezielte Tötungen erwarten, fürchtet diese aufgrund der Unbeliebtheit des Themas bei der Bevölkerung um die eigene Wiederwahl. Doch diese Erklärung reicht schon in unsere zweite These hinein. Bevor wir diese weiter ausbreiten, möchten wir nochmal festhalten: Innerhalb des Kriegsministeriums bzw. weiter gefasst der sicherheitspolitischen Gremien der Bundesregierung herrscht in entscheidenden Fragen Uneinigkeit. Guttenberg hat angekündigt erst nach der Sommerpause, also sehr kurz vor dem geplanten Trialog, Pläne für die Umgestaltung der Bundeswehr zu einer Freiwilligenarmee vorzustellen. Unsere erste These zur Absage des Trialogs ist dem entsprechend, dass das Kriegsministerium es nicht als vorteilhaft angesehen hat, in dieser Situation weitere Akteure hinzuzuziehen. Auch der Hinweis auf die "weiteren Entwicklungen und [der] Blick auf die gesamte sicherheitspolitische Konferenzlandschaft" weisen darauf hin, dass das Ministerium zunächst klare eigene Positionen entwickeln, bevor es eine breitere Diskussion führen will.

Wie man etwas verkauft was keine r haben will

Der zweite, aus unserer Sicht untergeordnete Grund, für die Absage der Konferenz ist, dass die Militarisierung der Gesellschaft bei weitem nicht so allgemein akzeptiert ist, wie ihre Geschwindigkeit es uns glauben lässt. So erschien Köhlers Rücktritt nach Aussagen zum Afghanistan Krieg für uns als radikale, antimilitaristische Linke verwunderlich. Hatte er doch nur ausgesprochen was für uns längst klar war. "Krieg ist ein politisches Mittel ökonomische Interessen durchzusetzen". Was wir in Weißbüchern, sicherheitspolitischen Richtlinien und unseren Aufrufen schon zig mal gelesen haben, scheint gesellschaftlich bisher weder angekommen noch akzeptiert zu sein.

Der Trialog war ein Treffen von Topmanagern der Banken und Unternehmen mit militärischen und politischen Eliten um gemeinsame Interessen auszuloten und sich abzustimmen. Er war nie eine Inszenierung für die Öffentlichkeit sondern ein elitäres Treffen hinter verschlossenen Türen ohne Presse. Der Heimlichtuerei zugrunde liegt der Mangel an Akzeptanz - nicht nur für die Auslandseinsätze. Der mit dem Trialog eng verknüpfte Aufbau von Verbindungskommandos, die u.a. in Krisensituationen gegen Streiks und Demonstrationen im Inland vorgehen sollen, wurde z.B. aus gutem Grund bisher nie öffentlich thematisiert. Beim Trialog wird der Zusammenhang von krisenhaften Kapitalismus und seiner militärischen Absicherung oder anders ausge-

drückt von wirtschaftlichen Interessen und Krieg (u.a. in Form von Aufstandsbekämpfung) offensichtlich.

Nun gab es zum Trialog mehrere parlamentarische Anfragen, bundesweite Aufrufe, eine breites lokales Bündnis und militante Aktionen auch außerhalb Kiels - alles deutete darauf hin, dass es dieses Jahr größere Proteste geben würde, in deren Mittelpunkt die Thematisierung des Zusammenhangs von kapitalistischer Ökonomie und Krieg bzw. Militarisierung stehen würde. Wobei wir der Selbstüberschätzung gleich entgegenwirken wollen. Wir glauben zwar, dass die linken/linksradikalen Bemühungen den Trialog zur antimilitaristischen Mobilisierung zu nutzen wahrgenommen wurden und ihren Teil zur Absage beigetragen haben aber nicht der ausschlaggebende Grund für die Absage waren. So denken wir z.B., dass die Commerzbank nach Geschmack des Kriegsministeriums zu offenherzig mit der Werbung für zivil-militärische Zusammenarbeit und Verbindungskommandos umgegangen ist. Die Commerzbank hat sich offensichtlich nicht vergleichbare Sorgen um die öffentliche Meinung gemacht - schließlich will sie auch nicht wiedergewählt werden.

Unsere zweite These lautet trotzdem, dass das Verteidigungsministerium kein Interesse daran hatte, dass dieses Treffen bzw. die mit ihm verknüpften Themen in die Öffentlichkeit gezogen werden!

Alerta Antimilitarista!

Solange wir für eine gesellschaftliche Perspektive jenseits von Patriarchat, Staatlichkeit und Kapitalismus kämpfen, wird die Militarisierung der Gesellschaft eine Bedrohung für uns und unsere Strukturen bleiben. Die Absage des Trialogs ist für die radikale Linke kein großer Gewinn. Zwar hatte dieses Treffen eine große Bedeutung für die Optimierung der zivil-militärischer Zusammenarbeit und den Schulterschluss zwischen Unternehmen und Bundeswehr aber voraussichtlich lassen sich die Gespräche auch hinter noch geschlosseneren Türen fortführen.

Dennoch verdeutlicht die Absage zwei wichtige Voraussetzungen für antimilitaristische Politik. Erstens stehen wir keinem homogenen Block mit einheitliche Interessen gegenüber. Zweitens zeigt sie genau wie die vielen kleinen Rückzieher bei öffentlichen Bundeswehrveranstaltungen nachdem Protest angekündigt wurde, dass wir Einfluss auf das Tempo und die Ausgestaltung der Militarisierung haben. Sie ist wie alle anderen gesellschaftlichen Entwicklungen kein linearer Prozess, der übermächtig immer weiter voranschreitet - wir können Zumutungen, die der Staat für uns bereit hält, verhindern. Wie heißt es so schön: Geschichte wird gemacht!

Die Thematisierung von Aufstandsbekämpfung und Krieg zur Absicherung eines krisenhaften Kapitalismus, die in der Mobilisierung zum Trialog zum Ausdruck kam, trifft einen empfindlichen Punkt. Deshalb sollten wir weiter nach günstigen Gelegenheiten suchen die Pläne der Strategen und Strateginnen der Militarisierung in die Öffentlichkeit zu zerren und anzugreifen. Wenn es zur Innenministerkonferenz (IMK) vom 17.- 19. November in Hamburg ein größeres öffentlichen Interesse gibt, ist dies eine gute Gelegenheit. Doch auch außerhalb solcher Events bietet die Vielfältigkeit zivil-militärischer Zusammenarbeit zahlreiche Angriffspunkte.

Also dann auf zu neuen Taten!

AK Antimilitarismus Hannover

Infos zu Infos zu Verbindungskommandos und Aufstandsbekämpfung: http://antimilitarismus.blogsport.de
Infos zur IMK in Hamburg: http://no-imk.blogspot.com/

Celler Trialog in Kiel abgesagt - Wir fangen an!

Aufruf zur Sabotage der Commerzbank

Heute startet der Aktionsmonat gegen die Commerzbank, als Ausrichterin und Mitinitiatorin des Celler Trialogs.
Der Celler Trialog wurde von Bundeswehr und Commerzbank abgesagt, weil dieses Jahr keine ausreichenden Mittel für dieses Treffen von Wirtschaft, Militär und Politik vorhanden seien. Damit das auch weiterhin so bleibt, halten wir an unserem Widerstand fest und greifen die Commerzbank während des nächsten Monats allerorts, wegen ihres Engagement in der zivil-militärischen Zusammenarbeit an.
Wir wenden uns damit gegen die systematisch betriebene Militarisierung der innenpolitischen Verhältnisse durch die Kriegslobby, in welcher die Commerzbank, ob mit oder ohne Celler Trialog, eine führende Rolle übernommen hat.
Das Selbstverständnis des Celler Trialog: "einen engen Schulterschluss zwischen Wirtschaft, Politik und Bundeswehr zu suchen und um die Aufgabenstellung des jeweils anderen nach innovativen Lösungen zu suchen", werden wir auch weiterhin bekämpfen.
Die Auswirkungen dieser Logik des permanenten Krieges nach außen, auf die Innenpolitik und unser aller Leben ist immens. Neben dem Abzug von Geldmitteln aus dem Bundeshaushalt, der z.B. die Erhöhung des Rentenalters, steigende Krankenkassenkosten, sowie existenzbedrohende Kürzungen bei HartzIV-EmpfängerInnen nach sich zieht, wird auch ein zunehmender Nationalismus gefördert. Die Haltung "Wir gegen DIE" befördert derzeit insbesondere den Rassismus gegenüber Menschen islamischen Glaubens und generell Bevölkerungen der jeweiligen Länder, gegen die ein Krieg gerade wirtschaftlich angezeigt ist, bzw. die aufgrund der Kriegsfolgen versuchen in die reichen Länder zu gelangen, die für ihre Situation verantwortlich sind.

Dies ist nicht das Klima in dem wir arbeiten wollen.
Der Celler Trialog, der für Anfang September in Kiel geplant war, sollte unter dem Motto "Handel und Wandel - maritime Herausforderungen und nationales Interesse" stehen. Diesen Planungen, die dem Ausbau deutscher Kriegsführung in aller Welt für die wirtschaftlichen Ausbeutungsinteressen des nationalen Grosskapitals dienen sollen, stehen wir unversöhnlich gegenüber.

Egal ob es Celler Trialog in Kiel heißt, oder Sicherheitskonferenz in München, ob Sommerbiwak in Hannover, oder Werbeveranstaltungen der Armee bei Ausbildungsbörsen, wir werden die zivil-militärische Zusammenarbeit sabotieren, ebenso wie Kriegsgerät, Profiteure wie DHL, Schenker oder Hellmann, doch für diesen Monat heißt das Ziel Commerzbank.
Die herrschende Weltwirtschafts- und Kriegsordnung in die Tonne treten, für ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung, für alle Menschen, überall!
Next Stop: Innenministerkonferenz (IMK) in Hamburg, im November 2010, nach dem Castor.

Autonome AntimilitaristInnen, Juli 2010

Widerstand gegen Bundeswehr-Sommerbiwak

Über 500 Antimilitarist_innen haben sich gestern an den Protesten gegen das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision Hannover beteiligt. Die Zahl der Biwakbesucher und Besucherinnen sank dagegen erneut auf nun noch 5500.
Die Demos und Kundgebungen rund um den Stadtpark waren die meiste Zeit sehr laut und wurden durch kleinere Aktionen wie blutige Händeattrappen auf Gäste und Farbeier auf eine Guttenberg-Puppe werfen, begleitet.
Der Eingang des Biwaks wurde ca. 20 Minuten durch einen Die-In von 30 Leuten blockiert.
Auch innerhalb des Stadtparks kam es erneut zu Protesten. Im Vorfeld und am Abend gab es einige militante Aktionen
Die Hauptkundgebung gegen das Gartenfest der 1. Panzerdivision Hannover startete um 17.30 Uhr vor dem Congress Centrum. Mit einigen Redebeiträgen und lauter Musik wurde versucht bis zum Eingangsbereich durchzudringen. Nach einer halben Stunde brach ein Großteil der Demonstrant_innen mit einem zweiten Lautsprecherwagen zu einem Krachrave auf. Mit ätzendem Techno, Gepöbel und Pfiffen wurde direkt entlang des Stadtparks auf der Clausewitzstr. hin und zurück demonstriert. Nach ca. 15 Minuten musste allerdings wegen beschissener Auflagen zum Schutz der Polizisten- und Polizistinnenohren 5 Minuten die Musik unterbrochen werden. Dies wurde genutzt um einen Redebeitrag, der sich an die Biwakgäste richtete zu halten.
Im Anschluss zog ein weiterer Demozug in das angrenzende Zooviertel zum "Hindenburghaus".
Damit sollte die ungebrochene Tradition des deutschen Militarismus und die immer noch bestehende Ehrenbügerschaft Hindenburgs in Hannover kritisiert werden.
Während die beiden Demozüge unterwegs waren, wurde die Hauptkundgebung fortgesetzt. Diese wurde zum Gäste bepöbeln und mit blutigen Händeattrappen bewerfen genutzt und endete mit einer kleinen Farbeierwurfshow auf eine Guttenberg-Soldaten-Puppe.

Den Abschluss der Proteste bildete eine erneute Demo entlang des Stadtparks bis zum Stabssitz der 1. Panzerdivision. Dabei waren, wie schon beim Rave, jegliche Krachmittel verboten. Außerdem musste der Lautsprecherwagen ab 19.30 Uhr, etwa auf der Hälfte der Strecke, bis zum Stabssitz ausgeschaltet werden. Trotzdem gelang es noch einmal lautstark unsere Wut und unseren Protest zum Ausdruck zu bringen. Kurz vor dem Erreichen der Endkundgebung griff die Polizei zwei Personen wegen angeblicher Vermummung aus der Demo raus, ließ sie aber nach einigen Minuten wieder gehen.
Die wohl erfolgreichste Aktion des Tages war die 20 minütige Blockade des Eingangs des Stadtparks durch einen Die-In von 30 Leuten. Den Sommerbiwakgästen wurde ein blutiger Empfang bereitet.
Auch innerhalb des Festgeländes kam es erneut zu Protesten. Mindestens eine Rauchbombe wurde vor die Rednerbühne geworfen konnte aber leider schnell gelöscht werden. Eine Antimilitaristin, der dieser Wurf vorgeworfen wird, wurde mit bisher unbekanntem Straftatvorwurf festgenommen aber nach ca. 30 min. mit einem Platzverweis laufen gelassen. Außerdem kletterten 6 Linksparteiabgeordnete auf die Bühne, zeigten No-War-T-Shirts, riefen Parolen und verteilten Flugblätter. Diese wurden mit dem Vorwurf des Hausfriedensbruchs festgenommen und ebenfalls kurz darauf wieder frei gelassen.

Insgesamt waren die diesjährigen Proteste aus unserer Sicht durchwachsen. Wir sehen also sowohl einige positive Entwicklungen als auch einige offenkundige Schwächen. Zunächst einmal positiv hervor zu heben ist, dass wir die Teilnehmer_innenanzahl der Demo auf über 500 steigern konnten. Das Sommerbiwak ist nach fünf Jahren des Widerstands zu einem der größten, regelmäßig stattfindenden antimilitaristischen Protesten geworden. In Anbetracht der Möglichkeiten des Widerstands, die sich in Hannover beim Biwak bieten und der immer weiter voranschreitenden Militarisierung sind es aber immer noch viel zu wenig. Weiterhin war der erstmalige Versuch zu Beginn des Biwaks nicht nur hinter Git-



tern, bewacht zu pöbeln sondern mit dem Rave und der Hindenburgdemo da raus zu kommen richtig. Insbesondere der Krachrave war eine gute Idee. Wir müssen auch in Zukunft weiter daran überlegen wie wir noch näher an das Biwak ran kommen, denn im Gegensatz zu den ersten Jahren kommen nur noch vereinzelt Gäste direkt an der Kundgebung vorbei. Als direkte Störung und Eingriff in den Ablauf des Festes hat die Die-In-Blockade dieses Jahr am besten funktioniert. Insgesamt scheint das linksradikale Konzept, eine Mischung aus Ächtung, Störung und Aufbau eines Bedrohungsszenarios insofern auf zugehen, dass die Anzahl der Gäste erneut um 500 abnahm (nun 5500).
Die miesen Auflagen bezüglich Lärm und das Verbot eines Schwarzen Blocks zeigen auch, dass wir stören. Allerdings denken wir, dass vor allem der Umgang mit der Schwarzenblockauflage noch einmal gründlich diskutiert werden muss. So gab es zwar viele Leute in schwarz aber keinen Block. Es ist zwar richtig die Priorität auf die Störung des Biwaks und nicht auf die Durchsetzung eines Blocks zu legen. Aber da uns diese bekloppte Auflage vermutlich jetzt immer, auch bei anderen Anlässen, erteilt wird, muss dringend ein Umgang damit diskutiert werden. Zumal wir gerade nicht einschätzen können woran es lag, dass die Bullen keinen Stress wegen der vielen schwarz Gekleideten gemacht haben.
Erfreulich ist, dass es vor allem im Vorfeld einige militante Aktionen gab.
Der Rosenpavillon, VIP-Bereich im Stadtpark, wurde abgefackelt.
Bei zwei Commerzbanken wurden Scheiben eingeworfen und mit Farbe geworfen.
Ein Bullenauto wurde angefackelt.
Ein SPD Büro wurde entglast.
Zwei Bullenwachen mit Farbe versaut.

Bis auf die eine Bullenwache und einer Spontandemo von ca. 30 Leuten in Linden lief am Abend des Biwaks allerdings soweit wir wissen nichts.
Das lag bestimmt zum einen daran, dass hunderte Bullen und ein Hubschrauber unterwegs waren, zum anderen aber auch an unserer Schwäche Anschluss fähige Störaktionen zu organisieren.
Dass Abends nichts Größeres läuft ist jedenfalls auch nicht besser als die Erfahrung der letzten beiden Jahre, angemeldete Demo/Kundgebung im Bullenkessel.
Naja so oder so - der antimilitaristische Widerstand in Hannover wird weiter gehen und wir werden unser Bestes geben die guten Ansätze auszubauen. Wir werden uns nach etwas gründlicherer Diskussion nochmal mit einer ausführlicheren Analyse des bisherigen Widerstands und der Perspektive für das nächste Jahr melden. Bis dahin haben wir ja auch abseits solcher Events genug damit zu tun die alltägliche Militarisierung der Gesellschaft auch zu bekämpfen.

Für antimilitaristische Praxis und emzipatorische Perspektive!

(Quelle: indymedia 08.08.2010)



Dokumentaion

Aktion gegen Torsten Sevecke, Eimsbüttler Bezirksamtsleiter und Oberstleutnant der Reserve im Stab der 1. Panzerdivision Hannover

"Ab Oberstleutnant: Schienbein treten, Ohrfeigen, Hauswand besprühen, Auto abfackeln, öffentliche Empfänge versauen." (zitiert aus dem Flugblatt "Feinderkennung", ein eindeutiger Aufruf Soldatinnen und Soldaten nicht in Ruhe zu lassen, sie anzupöbeln, zu denunzieren, anzugreifen; Abschnitt Aktionsvorschläge zu Offizieren)

Wir haben am 05.08.2010 die Haustür in der Roonstrasse 32 in Hamburg eingeworfen und Farbe an der Wand hinterlassen. Wir solidarisieren und mit dem antimilitaristischen Widerstand in Hannover gegen das jährlich im Stadtpark stattfindende Sommerbiwak der 1. Panzerdivision, herzliche Grüße an die Genoss_innen. Zusätzlich wollen wir die Tatsache denunzieren, dass ein hoher Offizier der Bundeswehr einen Hamburger Bezirk als Bürgermeister leitet. Auto abbrennen geht in der dicht geparkten Roonstrasse nicht, also erstmal nur Steine und Farbe gegens Haus.
Die 1. Panzerdivision umfasst 20.000 Soldat_innen. Sie beteiligt sich an den schnellen Eingreiftruppen der NATO und den EU battlegroups, ist eine der wichtigsten Kampfformationen deutscher Auslandseinsätze. Momentan ist sie auf dem Balkan und in Afghanistan (ab 2011 als Leitdivision) unterwegs. Gemeinsam mit der Commerzbank hat sie die vergangenen Jahre den Celler Trialog ausgerichtet und den Celler Appell initiiert, welcher Auslandseinsätze der Bundeswehr zur Sicherung von Rohstoffen und Handelswegen propagiert. Die Förderung von Reservisten in Industrie und Wirtschaft ist ihr ein besonderes Anliegen. Schon mehrere Jahre gehen Antimilitarist_innen gegen das Sommerfest der Panzermörder, für die die Stadt Hannover eine Partnerschaft übernommen hat, vor. Am kommenden Samstag wird die Stadt einen bunten Strauss antimilitaristischen Aktivismus erleben. Ein Veranstaltungspavillion im Stadtpark ist bereits im Juni abgefackelt.
Keine Ruhe der Bundeswehr - bei ihren Werbeveranstaltungen an den Schulen, Unis, Arbeitsagenturen, bei ihren Feiern, Gelöbnissen, "Gottesdiensten" und auch nicht "zu Hause", es gibt kein ruhiges Hinterland!

Anmerkung:
Alle Hamburger Bezirksamtsleiter haben angekündigt ihre Bezirklichen Ordnungsdiensttruppen im Schulterschluss mit dem Bezirk Altona gegen das Schanzenviertelfest am 04.09.2010 aufmarschieren zu lasssen.
Dies wird das Fest nicht verhindern, es wird so oder so stattfinden.
Wir werden viele sein und zornig!
Rote Flora bleibt!

Dokumentation

2 Commerzbankfilialen mit Farbe und Steine angegriffen, Hannover 14. Juli 2010

Folgende Erklärung wurde uns zugeschickt:

"Wir haben 2 Commerzbankfilialen in Hannover mit Farbe und Steinen angegriffen. Während die Sozialausgaben immer weiter zusammengestrichen werden, kassierte sie über 18 Mrd. Bankenrettungsgelder.
Denn Kapitalismus ist ohne Krise nicht zu haben. Das weiß auch die Commerzbank. Deshalb arbeitet sie fleißig mit an der Absicherung dieser Wirtschaftsweise durch das Militär.
Die ist z.B. an dem Aufbau zivilmilitärischer Verbindungskom mandos beteiligt, die Aufstände bekämpfen sollen.

Kapitalismus ist auch ohne Krieg nicht zu haben. Deshalb steht sie ideell voll und ganz hinter dem Militär.
Während die Bundeswehr in Afghanistan Menschen tötet feiert sie mit der 1.Panzerdivision das Sommerbiwak.
Commerzbank und Bundeswehr angreifen!
Alle die am 7. August mit der Bundeswehr das Biwak feiern machen sich zum Ziel antimilitaristischer Aktivität!"

Gib&Nimm 2010

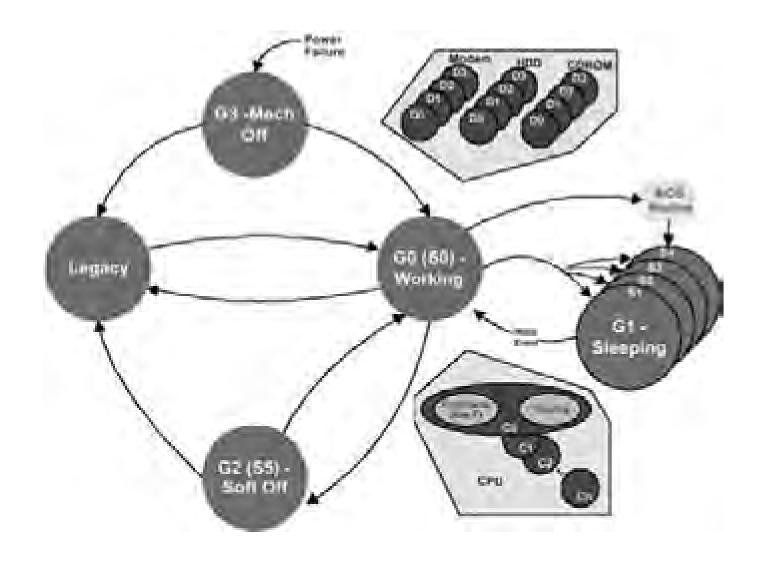
Vom 23. - 26. 09. 2010 treffen sich in Bremen Aktive aus und Sympathisant_innen von selbstorganisierten Umsonstökonomie-Projekten zum 6. Gib & Nimm. Das Gib & Nimm wurde als Vernetzungstreffen der Umsonstläden gegründet. Mittlerweile, seit den Treffen in Berlin bzw. Köln beteiligen sich auch Selbsthilfeprojekte, Nutzungsgemeinschaften, nicht kommerzielle Landwirtschaft (Lokomotive Karlshof), ein interkultureller Garten, Kommune-Projekte und die Traveling School of Life.

Unsere Idee ist es, Theorie und Praxis der Umsonstökonomie-Projekte zu reflektieren und Ansätze aufzuzeigen, die nicht einfach als karitative Projektpraxis zur Abfederung der Folgen des Sozialkahlschlags vereinnahmt werden können.
Ein paar Beiträge werden aus dem Vorbereitungskreis eingebracht. Ein Umsonstladen oder eine Selbsthilfewerkstatt können für sich allein kaum dem Anspruch genügen, uns selbst ein Stück weit aus den ökonomischen Zwängen kapitalistischer Herrschaft zu befreien. Das kann aber in einer Vernetzung verschiedener Projekte erreicht werden. Der Arbeitskreis Lokale Ökonomie Hamburg (www.ak-loek.de) bereitet einen Beitrag zum Thema verabredetes Wirtschaften vor, in dem es um das Potenzial und die Grenzen einer solchen Vernetzung geht. Letztlich geht es uns aber nicht um einen kleinen Freiraum. Deshalb wird es von der Bremer Umsonstgarage (www.umsonstladen-k108.de.vu) ein Plädoyer für die Abschaffung des Geldes geben. Denn: Eine Geld-basierte Ökonomie kann nur eine Herrschaftsgesellschaft sein, die die Kategorien Klasse, Patriarchat und Rassismus immer wieder neu reproduziert. Wir sind uns auch bewusst, dass diese Form der Umsonstökonomie ein Privileg für uns Menschen in den kapitalistischen Metropolen ist. Auf dem A-Camp in Niederösterreich im letzten Sommer gab es ein kleines, spontanes und spannendes internationales Umsonstökonomie-Treffen, an dem die Abhängigkeit vom jeweiligen gesellschaftlichen Reichtum an der extrem unterschiedlichen Situation der Läden klar wurde. In Budapest hat der Umsonstladen große Schwierigkeiten, den Nachschub an Dingen zu organisieren. Im Gegensatz dazu finden in London auch für uns Bremer_innen unvorstellbar viele neue oder fast neue, hochwertige Dinge den Weg in den Umsonstladen. Wir würden uns freuen, wenn neben den Menschen aus Österreich und England, die bereits Interesse bekundet haben zu kommen, weitere Menschen aus anderen Ländern teilnehmen. Wie kann eine praktische Vernetzung dazu aussehen? Bei Bedarf soll das Gib & Nimm mehrsprachig sein.

Das Gib & Nimm wird eine offene Struktur haben und vor allem von den Beiträgen der Teilnehmer_innen leben - denn wir stehen für Selbstorganisation. Wir wünschen uns, dass auch projekt-interne Herrschaftsstrukturen und Formen von Dominanzverhalten zum Thema werden. Ob und in welcher Form wir mit einer Aktion nach außen sichtbar werden, hängt ebenfalls von Eurem Interesse als Teilnehmer_innen ab. Für den Samstag Abend erwartet euch live Musik mit polit-Anspruch.

Wenn Ihr kommen möchtet, kontaktet uns möglichst frühzeitig. Das gilt nicht nur, wenn eine_r besondere Wünsche hat - Kinderbetreuung, Rolli-gerechte Übernachtungsmöglichkeit, Übersetzung in eine andere Sprache oder was auch immer. Wir können vieles möglich machen. Wenn aber viele damit im letzten Moment kommen, werden wir es nicht schaffen! Das gilt auch für einen Überblick über die voraussichtliche Zahl der Teilnehmer_innen, damit wir mit der veganen Vokü genug leckeres Essen für alle machen können. Weitere Infos, Artikel, etc zum Gib & Nimm findet ihr auf unserem Wiki www.umsonstladen-k108.de.vu.

Keine_r soll aus finanziellen Gründen nicht am Gib & Nimm teilnehmen können.
Es ist aber auch klar, dass wir auf Spenden angewiesen sein werden.



Über die Mächtigkeit von Banken

… in der Wirklichkeit und im Antisemitismus

Wenn zur Blockade von Banken aufgerufen wird, hat man es nicht nur mit der Polizei zu tun, sondern mit einem Sack voller Bedenken, Zweifel und Vorbehalte. Die guten Gründen sind einfach zu benennen: Nirgendwo anders liegen Überschneidungen zwischen antisemitischen Stereotype, antisemitischen Verschwörungstheorien und antikapitalistischer Kritik - auf den ersten Blick - so nahe, wie beim Thema ›Banken‹ und ›Finanzkapital‹. Vermeidet man antisemitische Ausdeutungen, wenn man sich der Bedeutung des Finanzsektors nicht stellt, sie nicht wahrnimmt?

Wenn man den Finanzsektor in Mittelpunkt einer Kampagne stellt, handelt man sich also schnell den Vorwurf ›verkürzter Kapitalismuskritik‹ ein, womit nichts anderes als der Vorwurf im Raum steht, man bediene antisemitische Stereotype wie die vom ›Spekulanten‹ oder dem ›bösen‹ Finanzkapital.
Dem schließen sich sofort weitere ungeklärte Fragen an: Wer hat diese Krise verursacht? Welche Rolle spielt der Finanzsektor beim Zustandekommen der größten Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg? Wer verkürzt wen und was?
Vorausgesetzt, man ist sich einig, dass die Antwort: ›Der Kapitalismus ist an allem schuld‹ zu wenig ist, wird man sich auf die Suche begeben müssen, was sich innerhalb des Kapitalismus in den letzten 20 Jahren verändert hat, welche ökonomischen, politischen und gesellschaftliche Machtverschiebungen stattgefunden haben, die erklären helfen, was fast zum weltweiten Kollaps des Kapitalismus geführt hätte.

Mit diesem Beitrag soll eine Debatte eröffnet werden, in der Hoffnung, das man aufhört, darüber zu reden, was der/die andere gemeint haben könnte, was man ihm/ihr unterstellt, mit dem Ziel darüber zu streiten, was die politisch unterschiedlichen Akteure tatsächlich gesagt haben bzw. dazu sagen werden.

Die Krise hat Gesichter und Namen - Personalisierungsfragen

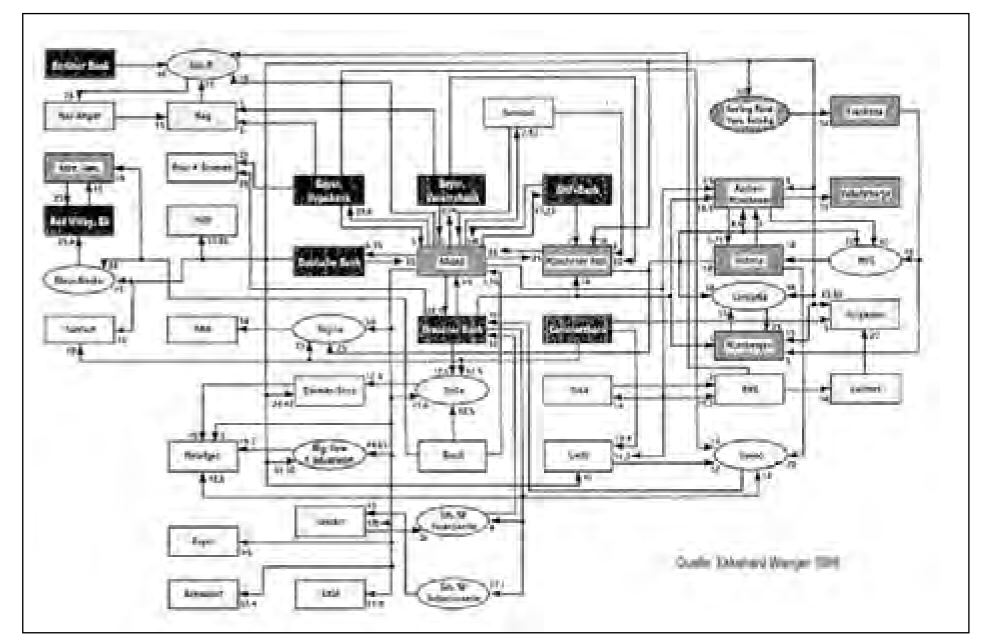
Auf dem Aktionsfeld ›Banken‹ trifft man automatisch viele prominente Gesichter, wie Josef Ackermann, wie den Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung, Hans-Werner Sinn usw.
Wenn man ihre Bedeutung in Erinnerung ruft, bedeutet das nicht, dass die Krise dadurch bewältigt ist, indem man z.B. Josef Akkermann festnimmt (wie dies der Bundespräsidenten-Kandidat der Linken Peter Sodann machen wollte) und in den Knast steckt. Genauso falsch wäre es zu glauben, diese ›Reizfiguren‹ hätten persönliche Fehler gemacht. Im Gegenteil: In den aller meisten Fällen darf man davon ausgehen, dass sie alles richtig gemacht haben. Sie wissen um die Spielregeln, sie legen sie mit fest, sie wissen, dass sie in der Regel zu ihren Gunsten ausgelegt werden und wenn sie kriminell sind (wie bei den zahlreich aufgedekkten Bestechungs- und Korruptionsverfahren, Steuerhinterziehungsaktionen), können sie sich sicher sein, dass die Strafe (in aller Regel eine Einstellung gegen Bezahlung einer piepsigen Geldsumme) einer Belobigung gleichkommt. Dass Banken und ihre Führungsetagen also Milliarden an Euros ihrer eigenen Bank und ihrer Kunden aufs Spiel setzen (und dabei verlieren) hat nichts mit dem gewissenlosen Charakter der Akteure zu tun, sondern mit einem äußerst kalkulierten Vorgehen, das dieses Risiko ermöglicht, erwartet und ggf. risiko- und haftungslos verstaatlichen und jetzt sozialisieren wird.

Spekulationen über verkürzte Kapitalismuskritik

Wer einen Aufruf macht, eine Bank, mehrere Banken zu blockieren, muss sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, dass damit gemeint sein könnte, dass an der größten Krise des Kapitalismus nach 1945 ›die Spekulanten‹ schuld seien. Damit nähere man sich auf gefährliche Weise dem nationalsozialistischen Weltbild, antisemitischen Verschwörungstheorien. In diesen gibt es den Topus des ›reichen/jüdischen Spekulanten‹, das ›raffende Kapital‹, das das ehrbare, schaffende, arische Kapital in Grund und Boden richtet. Unschwer zu erkennen ist, dass der Spekulant im Antisemitismus eine ethnische, eine rassistische Größe ist, das Gegenbild zum ehrbaren, rechtschaffenen deutschen Volk. Hinter dem antisemitischen Topus des Spekulanten verbirgt sich also weder eine (Deutsche) Bank, noch ein kapitalistisches Wirtschaftssystem, sondern der heimat- und vaterlandslose Jude. Weder in der Ideologie, noch in der Praxis des Antisemitismus ging es, geht es darum, die Macht der Banken, des Finanzsektors anzutasten oder gar zu brechen. Ganz im Gegenteil: "Sie haben an der Zerstörung der Weimarer Demokratie aktiv mitgewirkt und dann Hitlers Rüstungs- und Kriegspolitik unterstützt. Sie haben den Bau von Auschwitz vorfinanziert, an Zwangsarbeit, an der ›Arisierung‹ jüdischen Eigentums, am Auschwitz-Gas Zyklon B, an den Bomben und Granaten nahezu aller Kriege, an den Eroberungen der Deutschen Wehrmacht und der Wiederaufrüstung der Regierung Adenauer kräftig profitiert."
(Bündnis gegen Bankenmacht - Was es will, was es könnte! 2000, Prof. Hans See, seit 2005 Herausgeber der Vierteljahreszeitschrift ›BIG Business Crime‹)
Wer also behauptet, die Kritik am Finanzsektor, die Forderung nach Verstaatlichung bis hin zur Zerschlagung von systemischen Banken bediene antisemitische Ressentiments, bekämpft nicht den Antisemitismus, sondern fällt auf seine antikapitalistische Rhetorik herein.

Im Antikapitalismus geht es darum, die Macht (auch) von Banken über Menschen und Leben zu verfügen, zu brechen - ganz egal, mit welcher Hautfarbe diese Kapitalverbrechen begangen, mit welcher Ideologie sie verkleidet, in welche Ethik sie verpackt werden.

Die Unterscheidung in ›gutes‹ und ›böses‹ Kapital ist also im besten Fall dumm, im schlechtesten Fall antisemitisch.
Wer mit Staatsanleihen, Rohstoffen oder Aktien spekuliert, handelt nicht weniger moralisch oder ethisch als jene, die ihren Profit aus der Verwertung und Vernutzung von Menschen ziehen. Weder Moral, noch Ethik bestimmen dieses Wirtschaftssystem, sondern die Aussicht auf Gewinn. Das ist die einzige Maxime, die zählt.
Zweifellos spielen ›systemrelevanten‹ Banken eine herausragende Rolle beim Zustandekommen der derzeitigen Krise wie bei der Abwälzung der Krise nach unten (Entlassung von MitarbeiterInnen, Beraterstäbe bei den zahlreichen ›Rettungsschirmen‹, Erarbeitung und Umsetzung von Verarmungsprogrammen). Ihre Rolle und Bedeutung in den Mittelpunkt zu stellen, heißt also nicht, zu vergessen, dass die jeweiligen Regierungen alles getan haben (wie zum Beispiel durch die zahlreichen ›Finanzmarktreformen‹), damit die Finanzinstitute in diesem Finanzkrieg freie Hand haben.
Außerdem trägt der Aktionsaufruf dem besonderen Umstand Rechnung, dass manche Banken mehr als eine privatkapitalistische Bank sind, die bei verlustreichen Geschäften pleite geht. Im Mittelpunkt stehen ›sy-



stemrelevante‹ Banken. Diese Bedeutung haben sie nicht, weil besondern fiese Chefs diese Geschäfte führen. Ihr Systemrelevanz bekommen sie aufgrund struktureller Bedingungen: Große Banken wie die Hypo Real Estate, die Commerzbank oder die Deutsche Bank handeln mit einer Quasi-Staatsgarantie, sie üben ein hoheitsstaatliches Monopol aus, indem sie die ›Liquidität‹ dieses Systems garantieren sollen. Diese Unentbehrlichkeit mündet bekanntlich in die einzige kostenlose Lebensversicherung: ›To big to fail‹ (Zu groß, um zu stürzen). Sie können viele ruinieren - nur nicht sich selbst.

Banken - die Rattenlinie der kriminellen Ökonomie

Die zahlreichen Steuerhinterziehungsskandale, der Medienrummel um aufgekaufte CD's mit Bankdaten von potenziellen Steuerhinterziehern machten in den letzten Monaten und Jahren immer wieder Schlagzeilen. Ab und an musste auch ein Prominenter dran glauben: wie der ›Bäderkönig‹ Eduard Zwick oder der Ex-Post-Chef Zumwinkel. Das ist gut fürs Image - gegen die weit verbreitete Ansicht: die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen. Letzteres ist Gang und Gäbe - in großem Stil.

Ganz still wird es hingegen, wenn es um die Frage geht: Wer besorgt dieses filigrane Geschäft? Wie kommen die Milliarden ins Ausland, auf Konten von Banken, Stiftungen und Treuhandgesellschaften? Nur noch im ›Tatort‹ oder bei der hessischen CDU (auf einer Raststätte) wird das Geld im Koffer über die Grenze geschafft oder an einen Mittelsmann an einer dunklen Straßenecke übergeben. Im wirklichen Leben besorgen das Banken, diskret, professionell und durch besonders geschultes Personal.

Dieses illegale Tunnelsystem, durch das Milliarden von Euros ins Ausland geschleust werden, ist nicht nur hochkomplex, es ist auch vielseitig verwendbar. Es hat Dual-Use-Charakter: Es werden eben nicht nur vermögende Privatpersonen durch diese Pipelines gelotst, sie sind ein Abfallprodukt einer ganz anderen Form von organisiertem Verbrechen, eines kriminellen Systems, das staatstragende, staatsaffine Aufgaben erfüllt.

Wenn zum Beispiel der Siemenskonzern, der zweifellos eine systemische Größe im ökonomischen und politischen Sinne darstellt, Milliarden spurlos ins Ausland transferiert, dann geht es nur ganz beiläufig, geradezu unbeabsichtigt um Steuerhinterziehung. Der eigentliche, wesentliche Grund sind außerbilanzielle Geschäftsaktivitäten. Wenn Siemens Regierungen kaufen, durch Bestechungen Milliarden-Aufträge akquirieren, dann lässt sich das schlecht im Geschäftsbericht einpreisen und deklarieren. Man braucht also illegale Kassen, aus denen man diese Operationen finanziert. Geld, das keine nachweisbare Herkunft vorweist, Geld, das nicht zurückverfolgbar ist, Geld, das es nicht gibt.

Gewöhnlich benutzt man dafür seine Hausbank, die ihre ganze Kompetenz einbringt, Geld spurlos ins Ausland zu transferieren, um von dort aus besagte Wirtschaftskriminalität in die Wege zu leiten.

Wenn die CDU illegale Spenden von Großfirmen und Millionären in einer Stiftung in Liechtenstein ›waschen‹ lässt, dann braucht sie dafür eine verschwiegene Bank. Mit deren Hilfe wurde die ›Stiftung Zaunkönig‹ gegründet, deren einziges Ziel es war, die Sponsoren aus Industrie und Politik zu anonymisieren. ›Kriegskasse‹ nannten sie es, mit dem Ziel, einen schmutzigen und rassistischen Wahlkampf in Hessen (1999) zu finanzieren, den man ohne diese anonymen Financiers nicht zu gewinnen glaubte.

Aber auch staatliche Institutionen bedienen sich dieses Tunnelsystems: Wenn der Bundesnachrichtendienst/BND den Auftrag von Regierungs- und Oppositionsparteien bekommt, das rätedemokratische Modell der ›Volksmacht‹ im Zuge der ›Nelkenrevolution‹ in Portugal 1974 mit allen Mitteln zu bekämpfen, dann schickt der BND keinen Kofferträger mit 30 Millionen Mark los, um ihn konterrevolutionären Kräften an einem dunklen Ort in Lissabon zu übergeben. Selbstverständlich verfügt auch der BDN über getarnte Auslandskonten, die denselben Weg der Anonymisierung gehen wie den der schlagzeilenträchtigen Steuerhinterzieher.

Wer glaubt, dass es sich dabei um kleine, ökonomisch vernachlässigbare Größenordungen handelt, der täuscht sich gewaltig: "Der deutsche Staat wird durch Steuerhinterziehung jährlich um schätzungsweise 100 Milliarden Euro betrogen. Dies sagte Finanzminister Peer Steinbrück am Donnerstag im Bundestag in der Debatte über das neue Gesetz gegen Steuerflucht." Basler Zeitung vom 07.05.2009

Die Macht des Finanzsektors - wer regiert wen?

Hinter dem Wort ›Systemrelevanz‹ von großen Banken verbirgt sich keine Übertreibung, sondern ökonomische Macht. Die HypoReal Estate z.B. hatte in ihren Geschäftsbilanzen ›toxische‹, also wertlos gewordene Papiere in der Größenordnung eines fast kompletten Bundeshaushaltes : "Die Hypo Real Estate ist (…) dabei, toxische Wertpapiere und ganze Unternehmensbereiche im Volumen von bis zu 210 Milliarden Euro in eine große ›Bad Bank‹ auszugliedern und sich damit von diesen Risiken zu trennen." (FR vom 20.7.2010)

Wäre dieser Verlust realisiert worden, die Bank also Pleite gegangen, hätte in der Tat die Gefahr einer ›systemischen‹ Kettenreaktion bestanden, die den gesamten Finanzsektor zur Erliegen gebracht hätte. Im Sinne der Systemerhaltung musste also diese Bank ›gerettet‹ werden, indem der Staat durch ihre Verstaatlichung und Gründung einer ›Bad Bank‹ für diese Verluste aufkam. ›Too big to fail‹, zu groß, zu mächtig, um zu fallen, nennt man dieses Prinzip in der Business Class. Anders formuliert: Eine so große Bank kann selbst angesichts ihres drohenden Unterganges als Erpresser auftreten und überleben. Welche Macht hat also eine ähnlich bedeutsame Bank (z.B. die Deutsche Bank) im Normalbetrieb, wenn es ihr gut geht? Sie kann und betreibt Wirtschaftspolitik, in der Regierung, mit der Regierung, außerhalb der Regierung: Wenn ein großer Kredit eines Automobilkonzernes

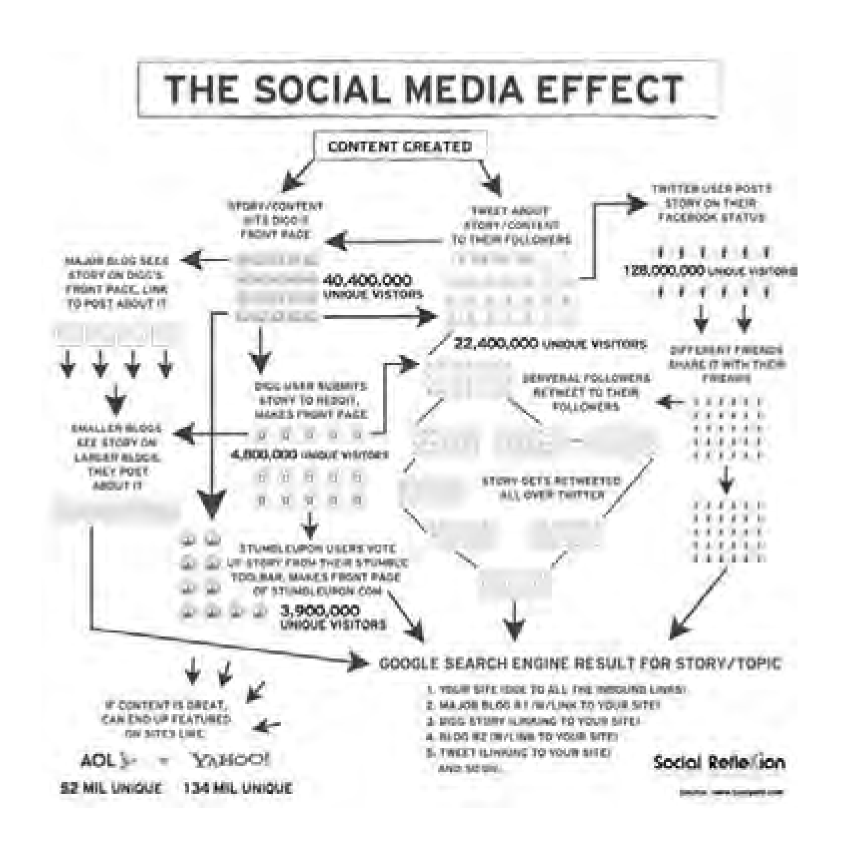
refinanziert werden soll, dann stellt diese Bank Bedingungen: zum Beispiel (mehr) Entlassungen, Senkung der Lohnstückkosten usw. und diktiert damit direkt die Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen.
Wenn der Deutsche Bank Chef Josef Akkermann nach Athen fliegt, um sich dort als Architekt der Verarmungsprogramme vorzustellen, dann macht er das im Auftrag der deutschen Bundesregierung bzw. der EU.
Wenn die seit Jahren geforderten und verkündeten ›Regulierungen‹ im Finanzsektor in allen wesentlichen Punkten scheitern, dann liegt das nicht nur am fehlenden Willen der Bundesregierung, sondern vor allem an der Macht der Banken, die letztendlich ihre Regulierung selbst bestimmen. Von daher kann man der lapidaren Feststellung des Filmemachers Hubert Seipel (Regisseur des Portraits ›Die Welt des Josef Ackermann‹) nur zustimmen, wenn er mit Blick auf die gegenwärtige Bundeskanzlerin feststellt: ›Sie dachte, sie sei an der Macht, dabei ist sie nur an der Regierung.‹
Nichts anders sagt einer der es wissen muss, CSU-Chef Horst Seehofer: "Bei vielen Menschen herrscht der Eindruck, dass diejenigen, die gewählt werden, keine Macht haben, und diejenigen, die Macht haben, werden nicht gewählt."

Unverkürzte Wege zu weit entfernten Zielen

Die gut gepflegte Schimäre von den skrupellosen Bankern (selbstverständlich sind damit die ›schwarzen Schafe‹ gemeint - zum Schutz der Herde) und der dadurch in Mitleidenschaft gezogenen ›Realwirtschaft‹ hat in vielen gängigen Wirtschaftskommentaren Hochkonjunktur. Diese Unterscheidung ist nicht nur irreführend, sie ist vor allem total falsch. Banken fungieren heute mehr denn je als zentrales Ketten- und Steuerungsglied zwischen ›Privatwirtschaft‹ und ›Staatsaufgaben‹. Sie sind überall engagiert und involviert: als Herausgeber und Dealer von ›riskanten Finanzprodukten‹ genau so, wie als Großaktionäre von Konzernen. Banken gehören heute selbstverständlich zu den politischen ›Beraterstäben‹ jedweder Regierung, wobei die Frage, wer wen regiert durchaus gestellt werden kann.
Diese systemische Aufgabe und Rolle der Banken steht im Mittelpunkt, ein Weg, der folglich nicht bei der Bank aufhört, sondern von dort aus weitergegangen werden kann und soll.
Antonio Negri: "Der Gegner heute ist das Kapital in Gestalt des Finanzkapitals; das sogenannte Realkapital, das Kapital, das ›Profit hervorbringt‹, ist darin ebenso vollständig absorbiert wie die verschiedenen anderen Gestalten des Kapitals, die Grundrente, das zinstragende Kapital etc. Das Finanzkapital selbst ist produktives Kapital. Von daher ist es idiotisch, das Finanzkapital als eine ›ungesunde‹ Form des Kapitalismus anzugreifen. Das Finanzkapital heute repräsentiert den wahren Ausbeuter, es steht im Zentrum des sozialen Verhältnisses, in dem sich alle Formen der Ausbeutung, der Verwertung des Lebens verdichten."
(Der marxistische Philosoph Antonio Negri über verfehlte Kritik und neue Bedingungen der Ausbeutung, TAZ vom 9.5.2010)

Der Finanzsektor - ein Verursacher der Krise?!

Die Kampagne gegen den Finanzsektor stellt bewusst die Groß-Banken in den Mittelpunkt der Aktionen. Bekanntlich ist im antisemitischen Weltbild das ›raffende‹, also das Finanzkapital Quelle allen Übels, mit dem klar formulierten Ziel, den Kapitalismus gegen seine angeblichen ›Auswüchse‹ zu retten.
Welche Bedeutung hat der Finanzsektor tatsächlich? Was hat das Wissen und die Analyse von der systemischen Bedeutung des Finanzsektors mit seiner antisemitischen Ausdeutung zu tun? Vermeidet man die antisemitische Ausdeutung, wenn man sich der Bedeutung des Finanzsektors nicht stellt, sie nicht wahrnimmt?
Man darf davon ausgehen, dass die Commerzbank eher an einer Untertreibung, als an einer Übertreibung der Krisenkosten interessiert ist. Wenn man dies mitberüksichtigt, ist das Ergebnis der Studie aus dem Jahr 2009 mehr als überraschend: "Die Finanzkrise wird die Weltwirtschaft laut einer Studie bis Ende dieses Jahres rund 10,5 Billionen Dollar (7,3 Billionen Euro) kosten. Das ergab eine Berechnung von Commerzbank Research, wie die Tageszeitung ›Die Welt‹ berichtet. ›Wir haben uns in der Finanzkrise zwar an hohe Summen gewöhnt, aber dieser Betrag ist einfach unglaublich‹, sagte Jörg Krämer, Chefvolkswirt der Bank, dem Blatt. Je Erdenbewohner belaufen sich die Kosten damit auf etwas mehr als 1500 Dollar.
Rund 1,6 Billionen Dollar Verlust entstanden demnach bei Banken durch Abschreibungen und Pleiten. Die Commerzbank-Forscher stützen sich hier auf Zahlen des Nachrichtenanbieters Bloomberg. Die Wertverluste an Wohnimmobilien in den USA und England, die besonders von der Immobilienkrise heimgesucht wurden, lagen laut Notenbanken und einer Schätzung der Commerzbank insgesamt bei 4,65 Billionen. Der aus der Finanzkrise folgende Einbruch der Weltwirtschaft kostete in den beiden vergangenen Jahren zudem rund 4,2 Billionen Dollar.
Die Commerzbank-Volkswirte unterstellten dabei, dass die Weltwirtschaft ohne die Krise so stark gewachsen wäre wie im Durchschnitt der vorherigen Jahre. Tatsächlich war das Wachstum 2008 aber



deutlich niedriger: 2009 dürfte die Weltwirtschaft erstmals seit 60 Jahren wieder schrumpfen. So errechnet sich der Gesamtverlust.
Die Commerzbank hat auch die Zahlen für Deutschland errechnet: Demnach gehen der hiesigen Volkswirtschaft 237 Mrd. Dollar verloren: Auf 104 Mrd. belaufen sich die Abschreibungen deutscher Banken. Das niedrigere Wirtschaftswachstum 2008 und 2009 wird 133 Mrd. Dollar an Bruttoinlandsprodukt (BIP 2008: rund 3600 Mrd. Dollar) kosten, wie die Commerzbank prognostiziert. ›Die Einkommensverluste, die wir am BIP messen, sind viel stärker als in normalen Krisen‹, sagt Krämer. Die Kosten der Finanzkrise dürften in Zukunft noch steigen: Denn in der Rechnung nicht enthalten ist etwa das gedämpfte Weltwirtschaftswachstum für die kommenden Jahre, das Experten infolge der Krise erwarten. Außerdem werden viele Geldhäuser noch weitere Wertberichtigungen vornehmen müssen. Der Internationale Währungsfonds rechnet damit, dass die Banken bis Ende 2010 schlimmstenfalls insgesamt bis zu vier Billionen Dollar abschreiben müssen." http://www.handelsblatt.com/politik/oekonomie vom 29.08.2009

Angesichts dieser unvorstellbaren Summen fällt es selbstverständlich schwer, ihnen eine politische Größe zu geben. Eine vage Vorstellung davon bekommt man, wenn man sich diesen Vergleich vor Augen hält:
"Allein in 13 europäischen Staaten gibt es Banken, deren Bilanzvolumen das Bruttoinlandsprodukt übersteigt."
(Gerhard P. Hofmann, Vorstandsmitglied im Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken, FAZ vom 18.08.2010)

Wenn man also festhält, dass Banken mit einem Geschäftsvolumen von nationalen Regierungen eine entscheidende Bedeutung für die gegenwärtige Wirtschaftskrise (und ihre Sozialisierung) haben, dann bedient man damit keine antisemitischen Weltbilder, sondern stellt sich zu aller erst der Wirklichkeit kapitalistischer Verhältnisse.

(Groß-)Banken - Verlierer und Profiteure des Finanzkrieges zugleich

Zu Recht fragt man sich, wie das möglich ist. Im normalen kapitalistischen Alltag ist man entweder Verlierer oder Gewinner. Beides zugleich geht - für gewöhnlich - nicht. Wie kann man also ruinöse Geschäfte in der Größenordnung von mehreren Staatsbankrotts betreiben und gleichzeitig weitermachen wie bisher? Das Geheimnis ist schnell gelüftet: Man muss sich nur sicher sein, dass andere für die Verluste aufkommen!
Auch hier lohnt es sich, einige Legenden zu zerstören, um dieses Paradoxon zu begreifen.
Die erste Legende betrifft die von den Großbanken und Regierung unisono verbreitete Täuschung, die Finanzkrise sei ein amerikanisches Phänomen, deutsche Banken seien darin kaum involviert. Im Gegensatz zum US-amerikanischen Casino-Kapitalismus hätten sich deutsche Banken an diesen ›riskanten‹ Finanzgeschäften kaum beteiligt. Das glatte Gegenteil ist der Fall: Die Deutsche Bank gehörte zu den führenden Designern jener ›riskanten‹ Finanzmarktgeschäfte.
"Inzwischen wissen wir, dass deutsche Geldinstitute mehr als ein Fünftel des Weltvolumens problematischer oder notleidender Kredite und Wertpapiere in ihren Büchern versteckt hatten." (Leo Müller, Bankräuber, Econ-Verlag 2010, S.99)
Viele der deutschen Banken, die Pleite gegangen sind oder mit Staatshilfe gerettet werden mussten, hatten also genau diese Finanzinnovationen in ihren Geschäftsbüchern - schließlich wollten alle an den traumhaften Renditen von 20 Prozent und mehr partizipieren.
Dementsprechend überproportional waren und sind die Verluste deutsche Großbanken im Vergleich zu anderen europäischen Banken.

Die zweite Legende betrifft die öffentlich eingeräumten Verluste dieses Finanzcrashes. Offiziell sind Verluste der (heute verstaatlichten) HypoReal Estate in Höhe von103,5 Milliarden Euro in Form von Staatsgarantien und 7,7 Milliarden Euro als Eigenkapital gedeckt. Tatsächlich beruht bereits diese unglaubliche Summe auf einem (Bilanzierungs-)Schwindel, für den Banken und Regierung verantwortlich zeichnen: "Die Hypo Real Estate ist (…) dabei, toxische Wertpapiere und ganze Unternehmensbereiche im Volumen von bis zu 210 Milliarden Euro in eine große ›Bad Bank‹ auszugliedern und sich damit von diesen Risiken zu trennen." (FR vom 20.07.2010)
Die staatliche Bad Bank, mit dem orwellschen Namen ›FMS Wertmanagement‹, ist also nichts weiter als die fortgesetzte Verschleierung von Verlusten, ein Bilanzbetrug, den niemand verfolgen wird, solange Banken und Regierung dies in Eintracht tun.

Die dritte Legende hält sich bis heute: Einige ›verantwortungslose‹ (Groß-)Banken hätten ihr Eigenkapital und das der Kunden ›verbrannt‹, aber nicht alle. Hartnäckig wird behauptet, dass die Deutsche Bank z.B. eine solche solide Ausnahme bilde. Schließlich sei sie die einzige Großbank, die auf staatliche Hilfen verzichtet hätte. Tatsächlich wäre auch die Deutsche Bank pleite, wenn nicht (andere) Staaten in Milliardenhöhe für Verluste von Banken und Versicherungen aufgekommen wären, an denen die Deutsche Bank beteiligt war: Ohne die Staatshilfen für den US-Versicherungskonzern AIG (8,5 Milliarden US-Dollar), die deutsche Hypo Real Estate (2 Milliarden US-Dollar) und die IKB (ca. 0,5 Milliarden US-Dollar), wäre die Deutsche Bank 2008 höchst wahrscheinlich insolvent gewesen.
(Harald Schumann, Journalist und Buchautor (›Die Globalisierungsfalle‹/›Der globale Countdown‹)
http://www.kontext-tv.de/node/50

Das Verhältnis von Finanzkapital zu anderen Quellen kapitalistischer Akkumulation

Zu aller erst ist die Unterscheidung von Finanzkapital und Industriekapital eine notwendige analytische Größe, um Entwicklungen und Verschiebungen innerhalb kapitalistischer Sektoren genauer zu erfassen und einzuordnen. Diese Unterscheidung hat nichts mit einem vermeintlich ›bösen‹ Finanzkapital und einem ›guten‹ und angeblich ›produktiven‹ Kapital zu tun, sondern mit den unterschiedlichen Bedingungen, die diese Kapitalien vorfinden und nutzen.
Wenn ein Autokonzern im Durchschnitt 5 bis 10 Prozent Rendite erwirtschaftet, während Investitionen im Finanzsektors Renditen von 20 - 100 Prozent bringen, dann folgen die Kapitalströme keinem skrupellosen Instinkt, sondern wirtschaftlicher Renditelogik. Diese Verschiebung von Kapitalströmen ist nicht das Ergebnis von besondern gierigen Investoren, sondern gewolltes Ergebnis politischer Vorgaben, die über die zahlreichen so genannten Finanzmarktreformen ein klar benanntes Ziel hatte: Kapital durch ›attraktive‹ Bedingungen in die jeweiligen nationalen Standorte, in die jeweiligen Finanzmetropolen (City London, Wall Street, Frankfurt) lenken, um mit dem dort gebundenen Kapital Weltmarkt- und Weltmachtpolitik zu betreiben.
Tatsächlich trifft man diese analytische Trennung in der Unternehmenspolitik großer Konzerne kaum noch vor: Der Autokonzern Porsche z.B. hatte durch Beteiligungen an ›riskanten‹ Finanzmarktprodukten 2008 mehr Gewinne erzielt, als durch den Verkauf von Autos.

Wolf Wetzel 18.08.2010

Auf die Schienen-fertig-los! - Castor 2010 steht an

Es tut sich was in den Vorbereitungen auf den diesjährigen Castortransport Anfang November. Bislang sind ja vor allem die MenschenketterInnen von campact in Erscheinung getreten, unter Anderem mit einer Großdemonstration in Berlin am 18ten September. Nun beginnt aber auch der Teil der Anti-Atom-Bewegung, der sich nicht mit Händchenhalten begnügen will, zu regen. Neben dem Wunsch es mögen doch alle überlegen wie sie dem garstigen Atomstaat und seinen Schergen eins auswischen können, wird es in diesem November wohl eine große, im besten Sinne militante Aktion im Wendland geben. Als Kern der Aktion die sich den Namen "Castor?Schottern! gegeben hat lässt sich die schlichte Idee beschreiben: Wir gehen mit möglichst Vielen zu den Schienen, dann entfernen wir den Schotter und was sonst noch dazu gehört, und wenn wir fertig sind gehen wir wieder weg. Die Kampagne fast es etwas länger in folgendem Aktionsbild zusammen das wir hier kurz dokumentieren:
Unsere Aktion: Schottern

Mit Hunderten, Tausenden von Menschen, die aus unterschiedlichstem politischem und sozialem Alltag kommen, werden wir am Transporttag auf die Schienenstrecke gehen. Wir sind entschlossen die Strecke für den Atommüllzug unbefahrbar zu machen, massenhaft den Schotter aus dem Gleisbett zu entfernen, also die Gleise zu unterhöhlen und sie in kreative Weise unpassierbar zu machen.
Wir wählen für die Aktion einen Schienenabschnitt, an dem an diesem Tag kein Zugverkehr außer dem Castortransport stattfindet.
Es ist alles gesagt - es ist legitim zu handeln
Neben dem so schlichten wie verlockendem Aktionsansatz ist auch interessant das sich wohl viele Gruppen zusammen gefunden haben, die sich sonst in freier Wildbahn nicht begegnen. Neben autonomen Gruppen sind auch die Gruppen der interventionistischen Linken (IL), und zahlreiche kleinere Initiativen dabei. Mensch darf also gespannt sein.

Außer der Kampagne Castor?Schottern! gibt es natürlich noch andere Anti-Atom-Akteure. Dabei ist positiv anzumerken, dass sich die BI Lüchow Dannenberg, und auch andere BürgerInitiativen wieder ihrer Wurzeln bewust werden, und sich von den Grünen absetzen um auf der sofortigen Stillegung aller Atomanlagen zu beharren. Wolfgang Ehmke (Sprecher der BI) lies sich sogar zu dem Satz: Wir sind alle Sofortisten! hinreißen.

Dementsprechend gingen auch alle Bemühungen in die Leere, die Auftaktkundgebung fern der Aktionsorte in Lüneburg stattfinden zu lassen. Vor dem Hintergrund, dass es von der Auftaktkundgebung bis zum Eintreffen des Transportes im Wendland wahrscheinlich weniger als 24 Stunden dauern wird, fiel die Entscheidung diese in Dannenberg zu machen, um dann schneller an den Aktionsorten entlang der Schienenstrecke zu sein. Als Camps stehen bislang nur die altbekannten Camps in Dannenberg, Hitzacker und Metzingen fest, aber es bleibt zu hoffen, dass sich noch mehr Camporte organisieren lassen. Dies um so mehr, da sich vielleicht in diesem Jahr viele Menschen, angesichts des offensichtlichen Geschachers um Laufzeiten, aufgefordert fühlen, die Dinge selber in die Hand zu nehmen. Informationen zu den beschriebenen Aktionen und Camps finden sich auf zahlreichen Seiten im Internet (Contratom.de, indymedia, , und werden sicherlich kurz vor dem Transport auf einer Reihe von Infoveranstaltungen nocheinmal vorgestellt.
Na denne.

Aktion:

10.08.2010 Geestacht:
Am heutigen Dienstag morgen wurde ein Transport von abgebrannten Brennstäben aus dem norddeutschen Forschungszentrum GKSS bei Geesthacht nach Bremerhaven von Atomkraftgegner blockiert. Mit einem Akrobatikakt in der Luft landeten sie nach eigenen Angaben einen 'Volltreffer'.
Der aus zwei LKW bestehende Transport aus dem Forschungszentrum GKSS sei mit einer Sitzblockade und einer Seilbrücke über der Straße gestoppt worden. Der erste Transporter hätte den Blockadeort passiert, der zweite sei in Begleitung von Streifenwagen auf das Gelände des Forschungszentrums zurückgefahren.
Quelle: Contratom.de

Rote Flora im September

So 05.09.2010 16-22 Uhr
Offener Hinterhalt
Jeden 1. Sonntag im Monat

Mi 08.09.2010 21 Uhr
Indie/Punk Konzert
La Querelle (90s Indie mit Postrock-Einschlag aus Montreal, CAN)
Rapid Cities (Indie Punk aus New Jersey, US)
mOck (Indie/Postrock aus Berlin)

Do 09.09.2010 21 Uhr
Konzert
POMBAGIRA (Doom aus London)
+ TONER LOW (Doom aus Leiden, NL)

Sa 11.09.2010 23 Uhr
Antifa-Soliparty
Achtet auf Ankündigungen

So 12.09.2010 16 Uhr
Antisexismuscafe
Achtet auf Ankündigungen

Mo 13.09.2010 21 Uhr
Konzert
Blacklisted (HC/Punk)

Di 14.09.2010 21 Uhr
Konzert
Sista Sekunden + Iscream 7 Showers (HC/Punk)

Fr 17.09.2010 22 Uhr
Soliparty
Saatgut-Party
djs:
addicted (malaria), acid-house
jubie, techhouse
leo & volker, techno, minimal
vk.whatever, crossover techno

Do 22.09.2010 21 Uhr
Konzert
Rvivr + Support



Do 23.09.2010 19.30 Uhr
Infoveranstaltung zu den sogenannten Maßregeln der Besserung und Sicherheit:
Sicherungsverwahrung und Führungsaufsicht
Veranstalter: anarchist black cross
Die Veranstaltung findet im Rahmen der Veranstaltungsreihe gegen die IMK in Hammburg am 18. + 19.11.2010 statt.
Weitere Infos unter http://no-imk.blogspot.com

23.09.2010 21 Uhr
Konzert
Sink + Jetzmann
Konzert mit
SINK (Doom/Ambient aus Finnland)
+ JETZMANN (Drones aus HH)

Fr 24.09.2010 21 Uhr
Konzert
HOLY MOUNTAIN (HC-Punk/Crust aus Florida)
+ IMAGES (HC aus Hannover)

Sa 25.09.2010 22 Uhr
Antira-Soli-Party
mit Hip Hop/Dub.
Achtet auf Ankündigungen

Regelmässige Termine in der Flora

Montag:
Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr) - Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr
Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr - Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007)
Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr